

<http://www.laender-analysen.de/russland/>

RUSSLANDS ATOMWIRTSCHAFT NACH FUKUSHIMA

■ ANALYSE		
Russland und Fukushima		2
Von Vladimir Slivyak, Moskau		
■ KOMMENTAR		
Die russische Anti-Atomkraft-Bewegung		6
Von Alisa Nikulina, Moskau		
■ ANALYSE		
Die Geschäfte von Rosatom		
Wettbewerbsverzerrungen und Korruption – eine Gefahr im russischen Atomsektor		10
Von Ivan Ninenko und Julia Tkacheva, Moskau		
■ DOKUMENTATION		
Russische Atompolitik und die Entwicklung von Rosatom		14
Die Struktur von Rosatom		15
Die russische Atomwirtschaft in Zahlen		17
■ UMFRAGE		
Pro und Contra Atomenergie. Russische Umfragen 2011 und 2006		21
<hr/>		
■ CHRONIK		
Vom 17. bis 30. Juni 2011		27

Die Reaktion dankt Jens Siegert (Heinrich-Böll-Stiftung Moskau) für seine Unterstützung.



Russland und Fukushima

Von Vladimir Sliviyak, Moskau

Zusammenfassung

Nach Fukushima haben offizielle Stellen in Russland immer wieder beteuert, dass russische Atomkraftwerke sicher seien. Dies steht auch in Zusammenhang mit der Absicht Russlands, Atomkraftwerke zu exportieren. Die Ereignisse in Japan könnten sich auf den russischen Export negativ auswirken. Doch auch im Land hat die Atomwirtschaft mit großen Problemen zu kämpfen. Nach Berichten der Umweltgruppe Ekosaschtschita! (EcoDefense!) gibt es in russischen Atomkraftwerken zahlreiche Mängel. Die Sicherheitslage wird sich nicht verbessern, wenn die Präsidialadministration und die Regierung weiterhin versuchen die ganze Welt davon zu überzeugen, dass es keine Probleme in russischen AKWs gibt.

Fukushima in Russland?

Im Mai hat im japanischen Kernkraftwerk in der Prä-fektur Fukushima eine nukleare Katastrophe begonnen, die bis heute andauert. Ein Erdbeben hat die Reaktoren und die Kühlbecken mit den abgebrannten Brennelementen zwar nicht zerstört, aber es hat der Energieversorgung Schaden zugefügt, so dass das Kernkraftwerk ohne externe Energiequelle blieb und die Kühlsysteme ausfielen. Die nukleare Katastrophe entstand dann aufgrund der fehlenden Energieversorgung der Reaktoren. Dieser Sachverhalt ist zu bedenken, wenn wir uns mit der Frage beschäftigen, ob sich das japanische Szenario in Russland auch ohne ein vergleichbar starkes Beben wiederholen könnte. Geht man von dem Fall aus, dass von äußerer Energie abhängige Sicherheitssysteme versagen, so kann ein Notfall in jedem Kernkraftwerk eintreten – auch in einem russischen.

Alle russischen Kernkraftwerke befinden sich in der Nähe von Städten mit einer Bevölkerung von mindestens mehreren 10.000 bis zu mehreren 100.000 Menschen. Diese müsste man evakuieren. Die Rede ist hier allerdings nicht von einem hypothetischen Beispiel, sondern von ganz realen Sachverhalten: 1993 beschädigte ein Sturm auf der Halbinsel Kola die Stromleitungen, die Reserve-Dieselgeneratoren des AKW sprangen nicht an und das Werk stand kurz vor einer Havarie, die sich zu einem Unfall wie in Tschernobyl hätte auswachsen können. Des Weiteren wurden im Jahr 2000 wegen einer Störung des Energienetzes die Reaktoren des Kombinars »Majak« im Tscheljabinsker Gebiet sowie das Kernkraftwerk Belojarsk, 60km vor Jekaterinburg, abgeschaltet. In diesen Fällen entging man nur durch großes Glück einem Szenario, welches wir nun vom AKW Fukushima Daiichi in Japan kennen.

Der russische Nukleardiskurs

Im Licht der japanischen Katastrophe sieht die Situation in Russland bedrohlich aus, da sie der in Japan so ähnlich ist. Bis März dieses Jahres empfand man in Russland, genau wie früher in Japan, Diskussionen

über die »Unsicherheit« von Kernkraftwerken als Verstoß gegen den guten Ton. Mehrmals im Jahr demonstrierten die Staatsoberen zusammen mit dem Chef von Rosatom, Sergej Kirienko, ihre volle Unterstützung für die Atomenergie als eine der sichersten, günstigsten und ökologischsten Technologien, über die Russland verfügt und die es bereit ist, gegen entsprechende Bezahlung in andere Länder zu exportieren. Dieselben Beteuerungen hören wir auch heute.

Die Realität aber sieht sehr viel düsterer aus als es die Reden der Politiker glauben machen: 22 von 32 der russischen Reaktoren sind alt und unsicher. Sie befinden sich entweder am Ende der 30jährigen Nutzungsfrist, die die Planer festgelegt hatten – oder sie haben diese bereits überschritten. Ähnlich wie in Japan möchte Russland diese Blöcke länger als 30 Jahre nutzen. Die Nutzungszeit aller Reaktoren soll um 15 Jahre verlängert werden – und das ohne ökologische Expertisen, wie sie eigentlich vom Gesetzgeber verlangt werden. Man möchte sich nicht vorstellen, wie eine Wiederholung der japanischen Ereignisse in Russland aussehen würde, aber es sieht ganz danach aus, dass unsere »Chancen« hierfür wachsen.

Mängelrügen für die russische Atomindustrie

Die Atomindustrie Russlands hat sich dagegen bereits vom Fukushima-Schock erholt. Sie ist mit einer Erklärung in die Offensive gegangen, dass es Projekte für neue und sehr sichere Reaktoren gibt, die jegliches Erdbeben überstünden. Die Realität aber sieht anders aus. Allein 2009 (aus diesem Jahr stammen die letzten zugänglichen Daten der Aufsichtsbehörde Rostechndisor) haben Inspektoren 491 (!) Norm- und Rechtsübertretungen in den Strukturen festgestellt, die für die Projektierung und Herstellung von Anlagen für Kernkraftwerke zuständig sind. Einzelnen Unternehmen wurde wegen niedriger Qualität in der Produktion mit Lizenzentzug gedroht. Auf dem Papier sehen in der Atomindustrie zwar alle Projekte sicher aus, de facto aber ist es so, dass Sicher-

heit nicht so sehr auf dem Papier anfängt, als mit den realen Defekten des Materials und mit menschlichem Versagen, das man nicht ausschließen kann. Übrigens hat die russische Atomindustrie mehr als 3.000 Mängelrügen wegen der mangelnden Qualität der Anlagen erhalten, die beim Bau des Atomkraftwerks Tyanvan in China geliefert wurden.

In Russland gibt es keinen Druck auf die Atomindustrie, der die Betreiber zu einer Erhöhung der Sicherheit zwingen könnte. Im Gegenteil verstärkt die volle Unterstützung der Atomindustrie durch den Premierminister und den Präsidenten nur die Selbstzufriedenheit im Atomsektor: Wenn die Politiker vollständig auf der Seite von Rosatom stehen, gibt es nichts, über das man sich Gedanken machen müsste. Man kann darüber streiten, welche Reaktoren sicherer sind als andere und ob man sie in einem erdbebengefährdeten Gebiet bauen kann, aber offenkundig ist, dass in Russland von allen möglichen Situationen die denkbar ungünstigste für die Sicherheit von Kernkraft besteht.

Neubau und Vermarktung von Atomkraftwerken

Rosatom verfolgt mindestens drei Projekte in erdbebengefährdetem Gebiet – in Bulgarien, der Türkei und Armenien. Außerdem gibt es ein Projekt für ein schwimmendes AKW, welches planmäßig im nächsten Jahr nach Kamtschatka gebracht werden soll und damit in die Nähe der Tsunamizone. Nicht eine dieser Ideen ist bislang überdacht worden. Stattdessen hören wir nur Beteuerungen, dass alles absolut sicher sei. Die Japaner haben ebenfalls jahrzehntelang solche Behauptungen gehört und daran geglaubt, dass die AKWs zuverlässig gegen Erdbeben und Tsunamis ausgelegt seien – und außerdem gegen Flugzeugabstürze und alles, was noch passieren kann.

Im Zusammenhang mit den neuen Reaktoren VVER-1200, die Rosatom in andere Länder – einschließlich der EU – exportieren möchte, behauptet man, dass es keine Konstruktionsprobleme gibt. Im Fall eines Stromausfalls eines solchen Reaktors allerdings oder einer großen Beeinträchtigung der Wärmeabfuhr (beispielsweise als Folge einer Störung des ersten Kühlkreislaufs) ist ein großer Störfall auch bei diesen Reaktoren möglich. Rosatom aber kann die Mängel des neuen Reaktors nicht ansprechen, müssten dann doch alle Verkaufsversuche gestoppt werden. Die Vervollkommnung des Reaktors aber würde teuer werden und könnte zu einem kompletten Verlust der Rentabilität führen.

Bereits vor Fukushima haben die Preise für neue Reaktoren ein hohes Niveau erreicht: Während sich in den 1990er Jahren die Kosten eines Blocks für 1.000 Megawatt auf durchschnittlich 1 Mrd. US\$ beliefen, so verkauft Rosatom die Reaktoren VVER-1200 heute für

ca. 3–5 Mrd. US\$ – in Abhängigkeit von den geographischen Besonderheiten des Projektes und außenpolitischen Faktoren. Dieser Preis reicht an den Preis des französischen Reaktors EPR heran, bleibt aber nach wie vor etwas darunter. Nichtsdestotrotz: So teuer die russischen Reaktoren auch sind, bis heute können sich selbst komplett zahlungsunfähige Kunden die Reaktoren leisten, werden die Verkäufe doch fast immer begleitet von einer Kreditvergabe aus dem russischen Haushalt. Diese Tradition, den AKW-Export durch die Lieferanten zu finanzieren, ist vergleichsweise alt. Im Jahr 2000 wurde in einem Spezialbericht zu den Exportkrediten der entwickelten Länder im Bereich der Atomenergie, veröffentlicht am Vorabend der Sitzung der G8, das System der Kreditvergabe zur Unterstützung des Reaktorexports beschrieben. Damals betrug die Gesamtsumme solcher »Hilfen« aus Russland ca. 5 Mrd. US\$. Nach äußerst zurückhaltenden Berechnungen ist sie heute 6–8 mal höher. Allein der Türkei versprach man ein AKW mit einem Wert von 20 Mrd. US\$ (vollständig auf Kosten der russischen Steuerzahler). Bei allen Krediten sind die Bedingungen für den Käufer des Reaktors äußerst günstig – eingeschlossen recht nebulöser Garantien für die Rückzahlung von Mitteln, die auf Jahrzehnte hinaus gestundet wird.

Die Entwicklung der Atomenergie in Russland

Und nun zum Ausmaß des Entwicklungsprogramms der Atomenergie in Russland selbst: Gemäß unterschiedlicher Angaben plant man den Bau von 20 bis 40 neuen Reaktoren. Die realen Möglichkeiten des Maschinenbaukomplexes erlauben derzeit allerdings allein die Herstellung eines Reaktorkomplexes pro Jahr, weshalb es schwierig ist, sich vorzustellen, wie Rosatom einen solch ambitionierten Plan umsetzen möchte. Dieser Sachverhalt schlug sich bereits im letzten Jahr nieder, als der Rechnungshof nach einer Überprüfung des Energieministeriums mitteilte, dass 60 % der Reaktoren, die bis 2015 ans Netz gehen sollten, erst zu einem späteren Zeitpunkt die Arbeit aufnehmen würden (ein Datum wurde nicht genannt). Anfang dieses Jahres hat Vizepremier Setschin eine Kürzung der Ausgaben für das Investitionsprogramm von Rosatom bekanntgegeben. Dabei geht es natürlich nicht darum, dass die russische Regierung entschieden hat, die Unterstützung für die Atomindustrie zu stoppen. Es ist vielmehr so, dass die genannten Fristen bezüglich des Baus der AKW in Russland wie im Ausland nicht erfüllt werden können. Nichtsdestotrotz: Zurückzutreten vom umfangreichen Atomplan beabsichtigt derzeit niemand – es geht bei alledem lediglich um eine Verzögerung, wenn auch um eine recht lange.

Wie finanziert sich das Programm in Russland? Ein Großteil wird aus dem Staatshaushalt bezahlt. Darüber hinaus soll Rosatom private Investoren heranziehen, die einen beträchtlichen Teil beitragen sollen. Dazu kommt eine weitere Quelle – die eigenen Profite der Staatsunternehmen. Sergei Kirienko hat beispielsweise 2009 bekanntgegeben, dass das Baltische AKW, derzeit im Kaliningrader Gebiet im Bau und bestimmt für den Stromexport in die Europäische Union, auf Kosten von Rosatom und ohne zusätzliche Mittel aus dem Staatsbudget errichtet wird. Tatsächlich aber wird dennoch Unterstützung geleistet – allerdings nicht in Form der Allokation einer Gesamtsumme für das Projekt, sondern durch Zuschüsse an verschiedene Unternehmen, die an der Realisierung des Projekts beteiligt sind. Im Übrigen gibt es eine prinzipielle Bedingung, unter welcher das Projekt scheitern würde: die Absage seitens der europäischen Länder den Strom dieses AKWs zu kaufen. Unmittelbar im Kaliningrader Gebiet gibt es derzeit kein Energiedefizit, und selbst im Fall einer Erhöhung des Energieverbrauchs kann die Versorgung auch durch nichtatomare Quellen gewährleistet werden. Die Energie braucht man deshalb nur für den Export. Und wenn sich herausstellt, dass die Perspektiven hierfür fehlen, dann wird das Projekt mit großer Wahrscheinlichkeit eingestellt.

Exportprobleme nach Fukushima

Nach Fukushima wurde Rosatom der Hoffnungen auf private Investitionen beraubt. Es ist äußerst wahrscheinlich, dass das Staatsunternehmen eine Reihe von Verträgen verliert, unabhängig von der großen politischen Unterstützung seitens der Regierung und des Präsidenten. Zum jetzigen Zeitpunkt hat Bulgarien die Verhandlungen mit Rosatom über den Bau des AKWs Belene für drei Monate eingefroren, bis zur Bewertung des Projektes durch die Bank HSBC. Dieses Projekt verliert jäh die Chancen auf Weiterführung. Aber schon vor den japanischen Ereignissen haben europäische Investoren das Projekt aktiv boykottiert: Belene befindet sich in einer seismographisch gefährdeten Zone, wo in den 1970er Jahren ein Erdbeben zu großen Zerstörungen führte. Seit 2008 haben 13 große Banken Kredite für das Projekt abgelehnt; die letzte war die eigentlich der Atomindustrie durchaus geneigte französische Bank BNP Paribas. Um Verträge mit Drittstaaten zu erhalten, versucht Rosatom natürlich die Welt davon zu überzeugen, dass die neuen russischen Reaktoren jedes Erdbeben aushalten. Aber steht dahinter etwas anderes als allein kommerzielle Interessen?

Das Projekt in der Türkei befindet sich in einem nicht weniger erdbebengefährdeten Gebiet als das bulgarische. Einerseits hat der türkische Premier Erdogan auf

Bitten seines russischen Kollegen Rosatom mit eigenen Erklärungen gestützt. Aber es wäre ein großer Fehler zu glauben, das Schicksal dieses Projekts wäre bereits entschieden. Der öffentliche Widerstand in der Türkei ist derart effektiv, dass seit 30 Jahren keine Regierung des Landes den Bau auch nur eines AKWs in Angriff nehmen konnte. Ein weiteres AKW in einer seismographisch riskanten Zone ist zudem in Armenien geplant. Bislang ist nicht klar, ob es dort zu Planänderungen kommt.

Die Neubewertung der Atomenergie in verschiedenen Ländern der Welt schafft aber nicht nur für solche Kernkraftwerke Probleme, die für stark erdbebengefährdete Gebiete geplant sind. Es wird auch andere Verluste geben. Für Rosatom bedeutet dies, dass sich die Profite verringern werden, und auch die Ressourcen für die Entwicklung in Russland selbst werden sich reduzieren. Von all den verschiedentlich angekündigten Projekten neuer Kernkraftwerke werden nur die lukrativsten bestehen bleiben. Dies sind vor allem solche, die aufgrund ihres geplanten Standpunktes – nah an den Grenzen der EU – die Hoffnung nähren, die Europäer würden sich dazu verleiten lassen, günstige Energie zu kaufen. Viel wird davon abhängen, ob es gelingt in großem Maßstab Atomenergie nach Europa zu exportieren. Ist das nicht der Fall, kann dies den Prozess der langsamen Drosselung der Atomenergie in Russland selbst beschleunigen.

Nukleare Sicherheit in Russland

Spätestens in 10 Jahren verringert sich der Anteil der in russischen Kernkraftwerken produzierten Energie aufgrund der Abschaltung alter Reaktoren, während die Ausgaben für diese Operationen vergleichsweise schnell wachsen und mehrere Dutzend Milliarden Dollar ausmachen werden. Die alten Reaktoren durch neue zu ersetzen ohne einen Rückgang in der Energieproduktion wird nicht möglich sein. Darüber hinaus wird es von einem ökonomischen Standpunkt aus äußerst schwierig sein, die alten Reaktoren durch Blöcke der neuen Generation auszuwechseln – insbesondere bei Ausbleiben privater Investitionen. Geht es um Fragen der Sicherheit muss man daher nicht von den neuen Entwicklungen der russischen Atomindustrie ausgehen, sondern vom Zustand der Reaktoren, die heute am Netz sind.

Nach Fukushima hörte man in Russland viele Verlautbarungen darüber, dass die in den AKWs durchgeführten Kontrollen deren vollkommene Sicherheit bestätigten. Die Regierung hat sich offenbar gefürchtet, die Probleme anzusprechen, um keine Panik unter den Russen zu säen, die recht heftig auf die japanischen Ereignisse reagierten. Letztendlich jedoch drangen Informationen über den tatsächlichen Zustand der Kernkraftwerke aus der Regierung – der sich als so schlecht wie nie erwies.

Am Vorabend des 9. Juni, als die Sitzung des Staatsrats im Beisein von Präsident Medwedew stattfinden sollte, hat die Umweltgruppe Ekosaschtschita! (Eco-Defense!) einen Bericht veröffentlicht, der für diese Sitzung angefertigt worden war. Normalerweise werden solche Dokumente nicht öffentlich verbreitet. Die von der Umweltgruppe aus dem Bericht verbreiteten Informationen wurden durch die Präsidialadministration weder bestätigt, noch dementiert. Sie bevorzugte es zu schweigen.

Der Bericht enthält Daten über die Mängel russischer Kernkraftwerke, die sich während der Stresstests gezeigt haben:

- »Die Festigkeit (Stabilität) der Baukonstruktionen einer Mehrheit der AKWs entspricht nicht den Forderungen geltender Richtlinien bezüglich der Belastungen, die bei extremen Umwelteinflüssen auftreten können.« Mit anderen Worten: Die Atomreaktoren in Russland sind nicht stabil genug, um verschiedene eventuelle Umweltkatastrophen auszuhalten – einschließlich Erdbeben.
- »Nicht bei allen Kernkraftwerken ist die automatische Notfallabschaltung im Falle eines Erdbebens einer gegebenen Intensität gewährleistet.« Heißt: Es gibt keinerlei Garantie, dass die vorgeschriebenen Sicherheitssysteme so arbeiten wie gefordert, um dem japanischen Szenario einer Atomkatastrophe zu entgegen. Die Rede ist hier von Fällen, in denen die Erdbeben eine solche Stärke haben, wie sie für die entsprechenden Standorte der AKWs von Wissenschaftlern prognostiziert wurden.
- »Bestandteile einer Reihe von Reaktorblöcken (z. B. bei den Kernkraftwerken Balakowskaja und Kalininskaja) zeigen Materialermüdung sowie unzulässige Schwankungen von Druck und Temperatur, was zu ihrer Zerstörung führen kann«, und außerdem »die Neigung der Fundamentplatte des Gebäudes mit dem Behälter für abgebrannte Brennelemente des Kursker AKW, offenbart durch geodätische Beobachtungen, kann zu seiner Zerstörung führen«. Einige Reaktoren und Behälter für abgebrannte Brennelemente in Russland können sich also von alleine zerstören – ganz ohne den Einfluss irgendwelcher Erdbeben und anderer Umweltkatastrophen.
- Während der Krise am AKW Fukushima-Daiichi gab es mehrere Wasserstoffexplosionen. Die Atomblöcke wurden dadurch ernsthaft beschädigt, Radioaktivität entweicht bis heute. Die »Wasserstoff-Frage« wird auch im Bericht des Staatsrats behandelt: »Die Kontrollsysteme für die Konzentration von Wasserstoff, die Systeme und Elemente, die die Wasserstoffexplosionen verhindern sollen, entsprechen nicht den Vorschriften zur Gewährleistung der Verhinderung

von Wasserstoffexplosionen bei Atomkraftwerken.« Das heißt, dass es in Russland Vorschriften gibt, die auf die Prävention von Wasserstoffexplosionen zielen. Die realen Systeme aber, die in den Kernkraftwerken arbeiten, entsprechen diesen Vorschriften nicht und können folglich Wasserstoffexplosionen auch nicht verhindern.

- An separater Stelle heißt es im Bericht des Staatsrats, dass »Konstruktionsmängel und -fehler« zu Unfällen in Blöcken des Typs RBMK-1000 (ein solcher explodierte 1986 in Tschernobyl) führen können. Außerdem werden eine Reihe spezifischer Mängel verschiedener Reaktortypen benannt.
- Im Bericht wird außerdem angemerkt, dass »eine effektive Erfassung der Betriebspraxis der Kraftwerke«, die sich in »Qualität, Defekten, Ausfällen und Überschreitungen« ausdrückt, fehlt. Mithin sind die von Rostechnadzor verbreiteten Informationen über die Unregelmäßigkeiten in Kernkraftwerken bei weitem nicht vollständig.

Fazit

Welches Resümee lässt sich also ziehen? Die Erklärungen amtlicher Stellen verschiedener Ebenen bis hoch zum Premierminister, dass die nach Beginn der japanischen Katastrophe durchgeführten Kontrollen die absolute Verlässlichkeit russischer AKWs gezeigt haben, beruhen auf freier Erfindung. Beweise, die die Stabilität der Atomanlagen bei Einfluss von Naturgewalten bestätigen würden, gibt es nicht. Vielmehr ist es so, dass hier und da Reaktoren selbst ohne die Einwirkung von Umweltkatastrophen und großen Unfällen zerfallen können – möglicherweise ist das nur eine Frage der Zeit.

Heutzutage ist die Situation im Bereich der Atomenergie schlechter, als es sich selbst die größten Pessimisten haben vorstellen können. Und sie wird sich ohne Frage durch die Haltung des Schweigens seitens Präsidialadministration und Regierung noch verschärfen, die weiterhin versuchen die ganze Welt davon zu überzeugen, dass es keine Probleme in russischen AKWs gibt.

Am 20. Juni hat der Chef von Rosatom, Sergei Kirienko, erklärt, dass es sich entsprechend der Resultate der Stresstests russischer AKWs anbietet, neue Technik im Bereich Notfallkühlung der Reaktoren und Notfallenergieversorgung zu installieren. Die Gesamtkosten hierfür belaufen sich auf ca. 5 Mrd. Rubel (ca. 120 Mill. Euro). Allerdings löst diese Maßnahme in keinsten Weise das Problem der Stabilitätsmängel verschiedener Bauteile russischer AKWs, die einem Erdbeben nicht standhalten würden. Gleichfalls hat diese Maßnahme keine Auswirkung darauf, dass im Fall eines Erdbebens nicht bei allen russischen Anlagen Systeme existieren, die eine Notabschaltung der Reaktoren ermöglichen. Man kann

also konstatieren, dass die Entscheidungen, die in Russland nach Fukushima getroffen wurden, eher kosmetischen Charakters sind. Sie sind bei weitem nicht ausreichend, um die Sicherheit der Kraftwerke zu erhöhen und existierende Probleme alter Reaktoren der 1. und 2. Generation zu lösen. Auch 25 Jahre nach Tschernobyl

stellen russische AKWs nach wie vor eine große Bedrohung für Mensch und Umwelt dar und die russischen Behörden scheinen der Meinung zu sein, dass dieses Risiko auch zukünftig einzugehen ist.

Übersetzung: Franziska Smolnik

Über den Autor

Vladimir Sliviyak ist Co-Vorsitzender der Umweltorganisation Ekosaschtschita! (EcoDefense!), die sich seit 20 Jahren gegen risikobehaftete Atomkraftprojekte in Russland engagiert.

Lesetipps

Zum gesamten Themenkomplex Atomwirtschaft in Russland vgl.:

- Andreev, Leonid: The Economics of the Russian Nuclear Power Industry. Bellona Report 2011, Oslo: Bellona Foundation 2011, 61 S. http://bellona.org/filearchive/fil_Economics-of-the-Russian-Nuclear-Power-Industry-English.pdf
- Kudrik, Igor; Nikitin, Aleksandr; Digges, Charles; Böhmer, Nils; Larin, Vladislav; Kuznetsov, Vladimir: Russian Nuclear Industry—The Need for Reform. Bellona Report 4, Oslo: Bellona Foundation 2004, 198 S. http://bellona.org/filearchive/fil_Bellona_2004_RedReport.pdf
- Chlopkow, Anton: Welche Schlüsse zieht die Russische Atomwirtschaft aus Fukushima? Friedrich-Ebert Stiftung. Landesbüro Moskau. Russlands Perspektiven 06/2011 <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/moskau/08175.pdf>

KOMMENTAR

Die russische Anti-Atomkraft-Bewegung

Von Alisa Nikulina, Moskau

Zusammenfassung

Nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl entstand die russische Anti-Atom-Bewegung, die einen gewissen Einfluss errang und den Bau einer Reihe von Atomkraftwerken (AKW) verhindern konnte. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der 1990er Jahren führten dazu, dass die Zahl der Bauprojekte zurückging. Damit verlor die Anti-Atom-Bewegung ihr Objekt. Zugleich wirkten sich die finanziellen Schwierigkeiten aus, insbesondere die geringe Spendenbereitschaft, die auch heute eine Rolle spielt. Unter der Präsidentschaft Wladimir Putins erfolgte eine massive Wiederbelebung der russischen Atomindustrie – an konkreten Bauvorhaben, zum Beispiel im Gebiet Kaliningrad, zeigt sich jedoch, dass die russische Anti-Atom-Bewegung weiterhin eine Rolle spielen kann.

Tschernobyl als Ausgangspunkt

Die Anti-Atom-Bewegung in Russland (bzw. damals noch in der UdSSR) entstand wenige Jahre nach der schweren Nuklearhavarie in Tschernobyl am 26. April 1986. Durch diese Katastrophe, die als größter Unfall in der Geschichte der Menschheit bezeichnet wurde, kamen Millionen Menschen zu Schaden und ein riesiges Territorium fruchtbarer Erde wurde radioaktiv verseucht. Tschernobyl zerstörte viele Mythen um die Atomindustrie. Mehr Information wurden zugänglich, die Menschen konnten sich überzeugen, dass die Atomenergie gefährlich ist und dass man *de facto* ohne sie auskommen kann, indem man alternative Energien einsetzt

und Technologien zur effizienteren Nutzung von Energie einführt. Im Jahr 1988 waren in der Sowjetunion schon eine Reihe von Gruppen gegen Atomversuche und den Bau von Atomkraftwerken aktiv.

Aktive Phase und Erfolge der Anti-Atom-Bewegung 1988–1992

In der aktivsten Phase der Anti-Atom-Bewegung in der Sowjetunion und Russland – von 1988 bis 1992 – wurde auf dem Gebiet der Sowjetunion der Bau von mehr als 100 Atomprojekten verhindert. Das waren nicht alle Reaktoren, dazu zählten auch Infrastrukturprojekte um die geplanten AKWs und andere Atomunternehmen.

Dank dieser gesellschaftlichen Bewegung konnten fast alle AKWs, die in Russland in Bau waren, teils vorübergehend, teils für immer, gestoppt werden. Nach aktiven Protesten wurden der geplante Bau der Atomkraftwerke in Tatarstan und Baschkortostan nicht begonnen sowie der Bau der Atomkraftwerke zur Wärmeversorgung (Atomnych Stanzij Teplosnabschenija – AST) in Gorkij und Woronesh eingestellt. (Das AST-Projekt sah nicht nur die Energiegewinnung, sondern auch die Wärmeerzeugung vor – das radioaktive Wasser, das die Reaktoren kühlt, sollte in Leitungen durch die umliegenden Wohnhäuser fließen und diese per »Fernwärme« mit Heizung und Warmwasser versorgen). Darüber hinaus wurde der Bau folgender Projekte eingefroren: 4. Block des AKW Balakowsk, im Gebiet Saratow; 4. Block des AKW Belojarsk, unweit von Jekaterinburg; der 1. und 2. Block des AKW in Rostow; 3. und 4. Block des Kaliningrader AKW; 5. Block des Kursker AKW; 1. Block des AKW Südrural und 1. Block des AKW bei Kostroma.

Die Atomindustrie behauptet meist, dass der Bau neuer Atomkraftwerke Ende der 1980er Jahre nur auf Grund der schwierigen wirtschaftlichen Lage und nicht wegen der Proteste eingestellt wurde. Hierzu lohnt es sich den Fall des AKW in Balakowsk zu betrachten. Nach lautstarken Protesten in den 1990er Jahren entschied das Regionalparlament, den Bau des 4. Blocks dieses AKW einzustellen. 1992 ging dieser Reaktor jedoch ans Netz, trotz aller wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Die Atomindustrie baute den 4. Block des AKW Balakowsk *de facto* illegal zu Ende und nahm ihn entgegen der Entscheidung der Regionalregierung in Betrieb. Dies zeigt, dass die Atomindustrie, wenn sie wirklich wollte, selbst in den ungünstigsten Zeiten Mittel für den Bau von Reaktoren finden konnte.

Das »Rollback« der Atomindustrie

Mitte der 1990er Jahre, als die Welle der Massenproteste zurückging, wurde der Bau des Rostower AKWs wieder aufgenommen. Dort produzieren heute zwei Reaktorblöcke Strom. Wenig später wurde der Bau des AKW in Kalinin fortgesetzt, obwohl die Ergebnisse der staatlichen Umweltpertise negativ ausgefallen waren. Als Bedingung für die Fertigstellung der Reaktorblöcke 3 und 4 dieses AKWs im Gebiet Twer verlangten die staatlichen Inspektoren, eine alternative Wasserquelle zur Kühlung der Reaktoren zu finden. Diese Bedingung wurde nicht erfüllt. Doch Präsident Putin forderte die schnelle Wiederbelebung des Atomprogramms, was der Fortsetzung des Projektes einen starken neuen Antrieb gab.

Der 5. Block des Kursker AKWs (RBKM – gleiches Modell wie der Tschernobyl-Reaktor) wurde aus technischen Gründen nicht fertiggestellt, was mit der unzurei-

chenden Kapazität des Stromnetzes verbunden war. Im Gebiet Kostroma wurde 1997 ein Referendum durchgeführt, in dem sich die lokale Bevölkerung gegen den Bau des AKW aussprach. In jüngster Zeit denkt Rosatom jedoch darüber nach, das Projekt wieder aufzunehmen. Dies trifft auch auf das Südruraler AKW zu. Nach einem Referendum 1989 in der Stadt Tscheljabinsk wurde der Bau des AKWs gestoppt. Dennoch diskutiert Rosatom heute die Fortsetzung des Projekts. Auch beim AKW in Belojarsk wurde vor wenigen Jahren der Bau des 4. Blocks vom Typ BN (Schneller Brüter) wieder aufgenommen. Berücksichtigt man auch die Verzögerungen, beträgt die gesamte Bauzeit dieses Reaktors schon 26 Jahre.

Rosatom und Demokratie

Wie Ende der 1980er Jahre so glauben auch heute viele Russen, dass solch grundlegende Prinzipien wie die Meinungsfreiheit sowie das Recht auf Information und auf eine gesunde Umwelt unabdingbar sind. In Russland existiert Demokratie jedoch nur in embryonalem Zustand und bis zu festen Garantien der grundlegenden Demokratieprinzipien ist es noch ein weiter Weg. Dies bedeutet, dass es gegenwärtig sehr wichtig ist, den begonnenen Prozess am Leben zu erhalten. Die Atomenergie kann hierzu nichts Positives beitragen. Da sie im Kalten Krieg und im Kontext der Rüstungsindustrie entwickelt wurde, ist eines der grundlegenden Prinzipien der zivilen Atomenergie die Geheimhaltung. Die Zeit des Kalten Krieges ist vorüber, die Zeit der Offenheit und der Gefahrenprävention hat begonnen, was in diesem Fall zum Beispiel bedeutet, dass die Bevölkerung über potenzielle Gefahren beim Transport von Materialien des Kernbrennstoff-Kreislaufs informiert werden muss. Schon vor 20 Jahren ist es zu einer politischen Wende gekommen, doch die Atomindustrie mit der ihr eigenen Geheimhaltung kann sich bis heute nicht an die demokratischen Veränderungen anpassen. Für die Zukunft ist daher vorherzusagen: Entweder überlebt die Atomenergie und die grundlegenden Prinzipien der Demokratie bleiben ein rosiger Traum für Russland, oder die Atomkraftwerke werden aufhören, unsere Zukunft zu bedrohen.

Ein gutes Beispiel dafür, wie die Frage der Atomenergie die Missachtung der Menschenrechte provoziert, stellt der Fall des Kapitän Nikitin dar. Er wurde vom FSB verhaftet, weil er geheime Unterlagen über die Nuklearkomponenten der Nordmeerflotte an Ausländer weitergeleitet haben soll. Tatsächlich arbeitete Nikitin, ein pensionierter Offizier der Kriegsmarine, gemeinsam mit norwegischen Ökologen an einem Bericht über die Gefahren der radioaktiven Abfälle der Nordmeerflotte. Nikitin verbrachte ca. ein Jahr in Unter-

suchungshaft des FSB. Die Untersuchungsmaterialien wurden der Staatsanwaltschaft am 1. Juli 1998 übergeben. Sämtliche Informationen, die in dem norwegischen Bericht über radioaktive Abfälle enthalten waren und von Nikitin bearbeitet wurden, waren vorher in frei zugänglichen Zeitungen in unterschiedlichen Ländern veröffentlicht worden. Der FSB jedoch betrieb die Anklage gegen Nikitin wegen Enthüllung von Staatsgeheimnissen über Jahre hinweg. Andererseits verletzen die Mitarbeiter des FSB, die die Untersuchung im Fall Nikitin führten, mehrere Male unterschiedlichste verfassungsmäßige Rechte der Russischen Föderation. Nikitin bezahlte für den Versuch zu zeigen wie gravierend die Probleme der Atomenergie sind. Glücklicherweise wurde er freigesprochen.

In einem ähnlichen Fall Ende der 1990er Jahre endete das Verfahren jedoch um einiges schlimmer. Wegen Verbreitung von Informationen über die Lagerung radioaktiver Abfälle wurde Grigorij Pasko, Journalist der fernöstlichen Flottenzeitung, verfolgt und angeklagt. Pasko musste für mehrere Jahre ins Gefängnis.

Die Anti-Atom-Bewegung seit den 1990er Jahren

Auf Grund der wirtschaftlichen Schwierigkeiten ging der Umfang der Umweltbewegung in den 1990er Jahren zurück. Die Anti-Atom-Gruppen waren auf die Unterstützung durch die Bevölkerung angewiesen und als diese fortfiel, lösten sich viele Organisationen auf. Da in den 1990er Jahren fast keine Atomkraftwerke gebaut wurden und der Staat keine ausreichenden finanziellen Mittel für neue Programme zum Bau von AKWs hatte, verlor die Mehrzahl der Anti-Atom-Gruppen auch ihr Widerstandsmotiv. Auch dies führte zum Rückgang der Zahl der Anti-Atom-Initiativen.

Dennoch konnte die russische Umweltbewegung Hunderte von gesellschaftlichen Organisationen mobilisieren, als im Jahr 2000 eine neue Gefahr von Seiten der Atomindustrie drohte. Die unter Mittelknappheit leidende Atomindustrie schlug die Verabschiedung eines neuen Gesetzes vor, das die kommerzielle Einfuhr ausgedienter Kernbrennstoffe – die gefährlichste Art hoch-radioaktiven Mülls – aus dem Ausland erlaubten sollte. Es wurde behauptet, dass durch dieses »Geschäft« innerhalb von zehn Jahren 20 Mrd. USD eingenommen werden könnten. Die erste Lesung dieses Gesetzentwurfs fand Ende 2000 in der Staatsduma statt und mehr als 90 % der Abgeordneten stimmten mit »ja«. Nach wenigen Monaten der Kampagne gegen dieses Gesetzesvorhaben, an welcher sich Hunderte gesellschaftliche Organisationen beteiligten, konnte erreicht werden, dass mehr als 40 % der Duma-Abgeordneten ihre Haltung änderten. Leider wurde das Gesetz angenom-

men, doch für seine Ablehnung fehlten nur drei Stimmen. Immerhin konnten die Ökologen erreichen, dass das Verfahren zur Einfuhr von Atom Müll, im Gegensatz zum ursprünglichen Gesetzesentwurf, bedeutend verschärft wurde. Dies war später einer der Gründe, weshalb der ganze Plan für den Atommüllimport nach Russland scheiterte.

Trotz des Schrumpfens der russischen Anti-Atom-Bewegung zeigte sich im Jahr 2000 überraschenderweise, dass sie stark genug geblieben ist, um auf die Politik Einfluss zu nehmen.

Die Anti-Atom-Bewegung unter Putin

Der im Jahr 2000 neu angetretene russische Präsident Wladimir Putin, dessen Aufgabe zu Beginn seiner Amtszeit darin bestand, den Einfluss unterschiedlichster Gruppen einzuschränken, die den Aufbau der »Vertikale der Macht« hätten verhindern können, zeigte sich sichtlich besorgt über den Einfluss der Gesellschaft. In den folgenden Jahren seiner Amtszeit förderte Putin eine Verschärfung der Gesetzgebung gegenüber Nichtregierungsorganisationen (NGO) und ihre verstärkte staatliche Kontrolle. Dies versetzte der Anti-Atom-Bewegung einen ernsthaften Schlag.

Als Anhänger eines Ausbaus der Atomenergie setzte Wladimir Putin zur »Rückeroberung« des internationalen Marktes für Atomtechnologie an, um der russische Atomindustrie eine große Einkommensquelle zu erschließen. Im Jahr 2008 verabschiedete die russische Regierung einen Plan zum Bau neuer Atomkraftwerke in Russland. Diesem zufolge könnten innerhalb von 20 Jahren 20 bis 40 neue Atomkraftwerke gebaut werden. In ungefähr einem Dutzend russischer Städte kam es zu Protestaktionen. Eine Umfrage, die am Vortag der Verabschiedung dieses Plans durchgeführt wurde, zeigte zudem, dass 78 % der Russinnen und Russen dem Bau neuer AKWs in ihrer Region ablehnend gegenüberstehen.

Trotz des großen Drucks von Seiten der Staatsmacht ist die Anti-Atom Bewegung in Russland weiterhin aktiv. Von 2005–2009 organisierte eine der führenden russischen Anti-Atom Bewegungen, EcoDefense, eine gemeinsame Kampagne mit deutschen Umweltschützern gegen die Ausfuhr radioaktiver Abfälle aus einem Uranunternehmen in Gronau (NRW) nach Russland. Diese Kampagne führte dazu, dass Rosatom und das Unternehmen Urenco den geplanten Atommülltransport nach Russland unterließen. An dieser Kampagne beteiligten sich Gruppen aus Moskau, St. Petersburg, Jekaterinburg und Tomsk. Zweifellos war dies einer der größten und wichtigsten Erfolge der Anti-Atom-Bewegungen im 21. Jahrhundert. EcoDefense spielte im Herbst 2010 zudem eine wichtige Rolle bei der Verhin-

derung eines Atommülltransports aus dem Forschungsreaktor Rossendorf nach Russland.

Ein weiteres Beispiel: die Kampagne gegen den Bau des Atomkraftwerks im Gebiet Nischnij Nowgorod. Meinungsumfragen zufolge sprachen sich ca. 70 % der Bevölkerung gegen das geplante Kraftwerk aus (die Umfrage wurde vor dem Atomunfall in Japan durchgeführt). In der Stadt Murom, 20 Kilometer vom Bauplatz des geplanten AKWs entfernt, existiert schon seit mehreren Jahren eine lokale Bewegung, der es gelang, den Bau des Kraftwerks zu verzögern. Diese Bewegung stand auch hinter einer Demonstration mit 5.000 Teilnehmern, die im Herbst 2009 stattfand – eine der größten Aktionen gegen die Atomenergie in Russland im 21. Jahrhundert. Dieses Ereignis wurde jedoch in den überregionalen russischen Medien ignoriert, obwohl es in Russland einmalig war. Natürlich wirkt sich der Boykott überregionaler Massenmedien, die von der Regierung kontrolliert werden, auf die Entwicklung der Anti-Atom-Bewegung in Russland aus – sie entwickelt sich bedeutend langsamer als es möglich wäre.

In Kaliningrad, wo Rosatom und die Regionalregierung ein AKW für den Export von Strom in die Europäische Union errichten möchten, versuchen Umweltschützer eine Protestkampagne zu initiieren, die aber auf größeren Druck von Seiten der Staatsmacht stößt. Meinungsumfragen haben ergeben, dass 67 % der dortigen Bevölkerung den Bau des Atomkraftwerks ablehnen. Es hat sich eine Initiative zur Durchführung eines Referendums gegen das AKW gebildet. Diese Gruppe reichte bei den regionalen Behörden zweimal einen Antrag zur Durchführung eines Referendums ein, der beide Male abgelehnt wurde. Gegen das AKW sprechen sich nicht nur Umweltschützer der – in dieser Region traditionell starken – Organisation EcoDefense aus, sondern auch die regionalpolitische Opposition. 2009–2010 wollten die lokalen Abgeordneten in einigen Regionen des Kaliningrader Gebiets öffentliche Anhörungen über das geplante Atomkraftwerk durchführen. Auf Druck der regionalen Führung von Rosatom wurden die Pläne für öffentliche Anhörungen aufgegeben. Die Gegner des AKW-Projekts sind jedoch bereit, ihren Widerstand fortzusetzen.

Auf der Halbinsel Kola protestieren Umweltschützer schon seit einigen Jahren gegen den Weiterbetrieb der

alten Reaktoren der ersten Generation im AKW Kola. Zwei von vier Reaktoren dieses Kraftwerks haben ihre Laufzeiten ausgeschöpft. Dennoch verlängerte Rosatom die Laufzeit der Reaktoren ohne eine Umweltpertise, die gesetzlich vorgeschrieben ist. Parallel dazu erreichten die Umweltschützer die Förderung der Windenergie, welche das alte AKW ersetzen könnte – in dieser Region werden schon zwei Projekte zum Bau von Windkraftanlagen realisiert.

Ausblick

Die Anti-Atom-Bewegung in Russland hat gute Chancen, erneut zu einer Massenbewegung zu werden – wie Ende der 1980er Jahre. Umfragen zeigen, dass fast 79 % der Russinnen und Russen den Bau neuer Reaktoren ablehnen, 52–57 % treten für einen vollständigen Ausstieg aus der Atomenergienutzung ein. Soviel zur gesellschaftlichen Unterstützung der Anti-Atom-Bewegung – die kommenden drei bis fünf Jahre werden in dieser Beziehung in jedem Fall äußerst spannend sein und können für den Ausstieg Russlands aus der Atomenergie entscheidend werden.

Die größten Schwierigkeiten bereiten der Anti-Atom-Bewegung die schwache Finanzierung (die Bevölkerung ist weiterhin nicht bereit, den Umweltschützern Geld zu spenden), die schlechte Versorgung mit Ressourcen sowie die Hindernisse, die die Regierung der Entwicklung dieser Bewegung entgegenstellt. In dem Maße, in dem es gelingt, diese Probleme zu lösen, vor allem eine bessere Ressourcenausstattung zu erreichen, wird die Anti-Atom-Bewegung wachsen.

Am Ende sei gesagt, dass ein wichtiger Unterschied zu den 1980er Jahren darin besteht, dass die Staatsmacht heute schon die gesellschaftliche Diskussion über die Gefahren der Atomkraft zu verhindern sucht. Vor ca. 20 Jahren, als die massenhafte Anti-Atom-Bewegung entstand, war die Staatsmacht auf eine solche Entwicklung einfach nicht vorbereitet und konnte dieser Bewegung nichts entgegensetzen. Heute ist es schwieriger für die Bewegung. Wenn die Hindernisse die Aktivisten jedoch ermuntern sollten, wie dies Ende der 1980er Jahre der Fall war, werden wir in den kommenden Jahren eine Renaissance der Anti-Atom-Bewegung erleben.

Übersetzung: Christoph Laug

Über die Autorin:

Alisa Nikulina ist Koordinatorin des Umweltprogramms der Heinrich Böll Stiftung in Moskau.

Die Geschäfte von Rosatom

Wettbewerbsverzerrungen und Korruption – eine Gefahr im russischen Atomsektor

Von Ivan Ninenko und Julia Tkacheva, Moskau

Zusammenfassung

Der russische Staatskonzern für Atomenergie Rosatom, die bevollmächtigte Organisation zur Verwaltung der Atomenergie in Russland, genießt eine besondere rechtliche Stellung. Dem Gesetz zufolge ist Rosatom weder ein Unternehmen, ein Staatsorgan, noch eine gemeinnützige Gesellschaft, sondern ein ganz spezielles Rechtssubjekt, das jedoch viele Ähnlichkeiten mit traditionellen staatlichen Verwaltungsorganen hat. Eine Analyse der Unternehmenseinkäufe sowie der ineffizienten und intransparenten Ausschreibungsverfahren ermöglicht eine Einschätzung der Wettbewerbsbehinderungen und Korruptionsrisiken im russischen Atomsektor.

Einführung

Der gesamte russische Atomsektor wird vom russischen Staat durch den Staatskonzern Rosatom kontrolliert. Dieser Staatskonzern umfasst Forschungsinstitute, Atomkraftwerke, Fabriken zur Produktion der Kraftwerksbauteile, Deponien zur Lagerung des Atomabfalls und weitere Objekte, die aus dem Erbe der Sowjetunion erhalten geblieben sind. Vor dem Hintergrund des Tätigkeitsumfangs dieses Staatskonzerns sowie der öffentlichen Bedeutung dieses Themas ist es unerlässlich, detailliert zu klären, wie dieses Unternehmen aufgebaut ist und welche Gefahren der Korruption seiner Arbeit innewohnen. Zu Beginn sollte die Aufmerksamkeit dem Begriff »Staatskonzern« zugewendet werden, der sehr leicht jeden Juristen in Verwirrung stürzen kann.

Die rechtliche Stellung der Staatskonzerne

Wenn von der weltweiten Praxis der Gründung von Staatsunternehmen und Staatskonzernen gesprochen wird, so ist deren Existenz teilweise auf die geringe Effektivität der traditionellen Verwaltungsorgane zurückzuführen. Diese dezentralisierten Einrichtungen sind finanziell wie administrativ vom Staat getrennt, genießen weitreichende Leitungsbefugnisse und verfolgen darüber hinaus kommerzielle Interessen. Gerade auf Grund der effektiveren Kontrolle übergeben Staaten die Leitung strategischer Wirtschaftszweige häufig Staatsunternehmen und Staatskonzernen.

Im russischen Fall ist interessant, dass das Bürgerliche Gesetzbuch Russlands den Begriff des »Staatsunternehmens« nicht kennt. Die Entstehung dieses Begriffs wird von Zivilrechtsexperten als die Aufweichung der rechtlichen Regelung der Kategorie »gemeinnützige juristische Personen« und des Rechtsstaatsprinzips angesehen. Anstelle einer Trennung des Staatsapparates von der Wirtschaft findet eine Umwandlung ganzer Bereiche der Exekutivgewalt in besondere Formen der Wirtschaftsaktivität statt, die auf einem Missbrauch der Machtbefugnisse basieren. Dem russischen Gesetz

zufolge ist ein Staatskonzern eine gemeinnützige Gesellschaft, die jedoch berechtigt ist, wirtschaftlichen Tätigkeiten in Übereinstimmung mit ihren Gründungszielen nachzugehen. Von Unklarheiten und Ungenauigkeiten der Statusbestimmung von Staatsunternehmen zeugt das Gesetz selbst.

Staatskonzerne sind diesem zufolge weder Unternehmen (es gibt keine Beteiligungsmöglichkeit), Staatsorgane (da sie private Besitzer ihres Eigentums sind) noch sind sie gemeinnützige Gesellschaften, da sie in einigen Fällen unternehmerischen Aktivitäten nachgehen. Dabei sind die Grundsätze zur zweckmäßigen Bestimmung des Vermögens von Staatskonzernen gesetzlich geregelt, wie dies auch bei staatlichen Einrichtungen der Fall ist.

Die gesetzlichen Bestimmungen über den Status von Staatskonzernen beinhalten unterschiedliche und vielfältige Ausnahmen vom allgemeinen Status der juristischen Person. Unter anderem sind sie von der allgemeinen Verpflichtung gemeinnütziger Gesellschaften befreit, einer bevollmächtigten Instanz einen regelmäßigen Bericht über ihre Tätigkeiten und die Verwendung ihrer Gelder vorzulegen. Auch sind Staatskonzerne von der Überwachung durch Finanz- und Steuerbehörden befreit. Zudem sind den Staatsunternehmen gegenüber die allgemeinen Regeln über die Abschaffung der juristischen Person in Folge eines Bankrotts nicht anwendbar. De facto ist ein Staatskonzern, im gesetzlichen Sinne, organisationsrechtlich keine juristische Person, sondern ein spezielles Rechtssubjekt, das in seinem Status einmalig ist.

Hervorzuheben ist, dass sich Präsident Medwedew schon mehrfach kritisch über diese sonderbare rechtliche Situation geäußert hat. Er hat davon Abstand genommen, neue Staatskonzerne zu gründen, und ordnete an, mit einer Umgestaltung der bestehenden Staatskonzerne in traditionellere Eigentumsformen zu beginnen.

Rosatom als Staatskonzern

Der Staatskonzern für Atomenergie Rosatom (im Folgenden Rosatom) ist dem Gesetz zufolge, wie oben

angeführt, eine gemeinnützige Gesellschaft. Rosatom hat nicht den Status eines Staatsorgans, sondern ist ein bevollmächtigtes Organ zur Verwaltung der Atomenergienutzung.

Unserer Ansicht nach besitzt Rosatom jedoch viele Merkmale, die traditionellen staatlichen Verwaltungsorganen eigen sind. Infolgedessen ist eine Analyse der Existenz effektiver Rechtsgarantien und der Möglichkeit ihrer Ausweitung auf das Unternehmen unerlässlich.

Die im Folgenden aufgeführten Elemente von Rosatom bezeugen ein hohes Maß an Ähnlichkeit mit allgemeinen Merkmalen staatlicher Organe:

- Das Unternehmen wird durch einen öffentlichen Akt gegründet – ein föderales Gesetz regelt Ziele, Aufgaben und Status und definiert den Aufgabenbereich;
- Dem Unternehmen werden, wie auch staatlichen Organen, konkrete Befugnisse auf Grundlage von normativen Rechtsakten zugewiesen und es handelt im Rahmen dieser festgelegten Kompetenzen;
- Rosatom ist der einzige Staatskonzern, der, neben der Zusammenarbeit mit föderalen Organen der Exekutivgewalt, die Funktion eines föderalen Organs (z. B. im Bereich des Schutzes von Staatsgeheimnissen) ausübt;
- Das Unternehmen besitzt Befugnisse zur normativ-rechtlichen Regulierung in dem ihm zugeteilten Aufgabenbereich. Diese Regulierungen unterliegen den gleichen Bestimmungen zur Registrierung und Veröffentlichung wie die normativen Rechtsakte der föderalen Organe der Exekutivgewalt;
- Das Unternehmen organisiert und führt staatliche Kontrollen in den definierten Tätigkeitsbereichen durch.

Rosatom hat zwar einige Merkmale von Staatsunternehmen, jedoch nicht den Status eines Staatsorgans, was logischerweise zum Fehlen bestimmter Rechtsgarantien für die Gesellschaft als Ganze führt. Die Frage zu Existenz oder Fehlen von Rechtsgarantien ist aus folgenden Gründen relevant:

- Im Zuge der Eigentumsübertragung von der Russischen Föderation auf Rosatom, auf Grundlage von Gesetzen und gesetzlichen Bestimmungen, wechselten, zur Ausübung der Unternehmensziele, ganze Unternehmenskomplexe, Einrichtungen und andere Besitztümer den Eigentümer. So zum Beispiel die Aktien der Aktiengesellschaft »Atomarer Energie-Industrieller Komplex«, die sich in föderalem Besitz befanden und von der Föderalen Agentur für Atomenergie verwaltet wurden. Des Weiteren die Aktien von Gesellschaften auf einer Liste, die nach Bestätigung durch den russischen Präsidenten aus dem Eigentum der Russischen Föderation herausgelöst wurden; Vermögenspakete von föderalstaatlichen,

integrierten Unternehmen, die auf der selben, vom Präsidenten bestätigten Liste aufgeführt wurden, sowie weitere Besitztümer;

- Der Atomsektor, der durch Rosatom geleitet wird, stellt einen strategisch wichtigen Sektor der russischen Wirtschaft dar, der die Sicherheit der Gesellschaft unmittelbar berührt und demnach ein erhöhtes Maß an Garantien darüber verlangt, dass die Leitung dieses Sektors effektiv und die Verwendung der übertragenen Besitztümer ordnungsgemäß erfolgt.

Die Frage der Garantien berührt mehrere Gesetze sowie die Effektivität der in diesen Gesetzen verankerten Mechanismen, die diese Garantien einhalten sollen.

Die Ausschreibungen von Rosatom und deren Effizienz

Die Untersuchung der Effektivität von Einkäufen für den Unternehmensbedarf ist aus mehreren Gründen aktuell:

- De facto gewährleisten die Anschaffungen von Rosatom das Funktionieren des Atomkomplexes, was ein Bestandteil der Leitung ist;
- Die Anschaffungen spiegeln die Effektivität der Verwendung der finanziellen Mittel wider, die durch die Verwaltung des übertragenen Eigentums und des Atomkomplexes als Ganzem eingenommen werden;
- Die Einkäufe für Rosatom haben einen relativ großen Marktanteil und vereinen einen großen Teil der Geldflüsse auf sich. Das bedeutet, dass die Einkäufe für den Atomkomplex auf die ein oder andere Weise einen Einfluss auf die Entwicklung marktwirtschaftlicher Mechanismen nehmen, wie zum Beispiel die Entwicklung der Konkurrenz;
- Aktuell bestehen bei den Einkäufen für Rosatom eine ganze Reihe von Problemen im Bereich der normativen Regulierung der Einkaufstätigkeiten, der Kontrolle der ordnungsgemäßen Durchführung dieser Tätigkeiten sowie im Bereich der Qualitätssicherung der Ergebnisse;
- Eine Reihe von Mechanismen, die das Funktionieren der rechtlichen Garantien gewährleisten, sind in föderalen Gesetzen verankert, deren Zuständigkeiten sich im jeweiligen Fall jedoch nicht auf die Tätigkeiten von Rosatom erstrecken. Hierbei wurde ein spezieller, interner Standard geschaffen, der Ausschreibungen für den Unternehmensbedarf regelt, sich von der föderalen Gesetzgebung jedoch unterscheidet;
- Die Durchführung von Einkaufstätigkeiten ist ein Indikator der Ausprägung von Korruptionsrisiken. In der Tat gibt es eine Vielzahl von Gründen, denen zufolge die Untersuchung der Effektivität von Einkäufen immer aktuell bleiben wird. Indes werden die einen

oder anderen Untersuchungsergebnisse über Ausschreibungen für den Unternehmensbedarf ein Indikator für die Effektivität des Konzerns sein.

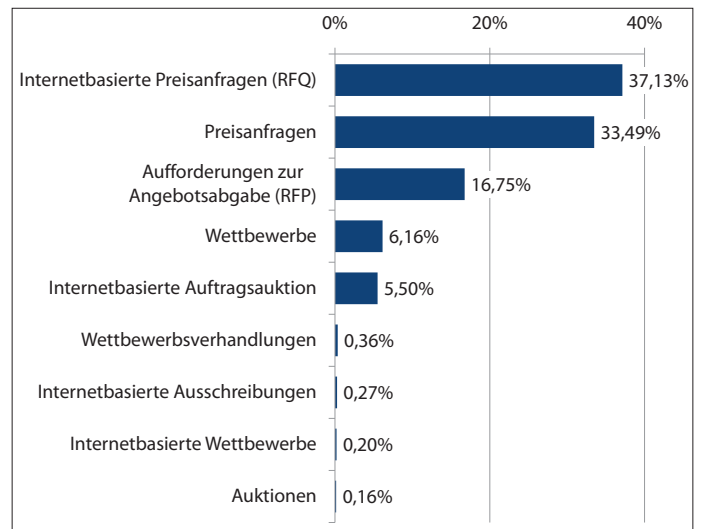
Die Untersuchung von Transparency International – Russland und Ecodefense

Die Ergebnisse einer Untersuchung von Transparency International – Russland und Ecodefense, brachten einige Erkenntnisse über die effektive Verwendung finanzieller Mittel des Unternehmens Rosatom. Bis zum heutigen Tag werden die Untersuchungen fortgesetzt, viele der Erkenntnisse wiederholen sich.

1. Öffentlichen Statistiken zufolge werden aktuell bei Ausschreibungen weiterhin weniger transparente und effektive Verfahren angewendet (Preis- und Angebotsanfragen). Weniger effektiv und transparent sind diese Verfahren aus dem Grund, weil durch sie in bedeutendem Maße der Kreis potentieller Ausschreibungs-Teilnehmer eingegrenzt werden kann, was negative Auswirkungen auf die Entwicklung der Konkurrenz auf dem Waren-, Arbeits- und Dienstleistungsmarkt hat. Dabei lassen sich die möglichen Einschränkungen faktisch im Ermessen des Auftraggebers anwenden und können in unterschiedlichsten Formen auftreten. Solche Mechanismen sind nicht immer dazu bestimmt, Qualität zu gewährleisten, und befördern manchmal sogar direkt die Korruptionsgefahr.

Der Föderale Antimonopoldienst Russlands (FAS) weist übrigens ebenso auf Unzulänglichkeiten bei Ausschreibungsarten wie der Preisanfrage hin. Dabei lautet eine der Thesen folgendermaßen: »Verdeckte Gefahren durch vereinfachte Verfahren«. Dem FAS zufolge ist die Preisanfrage auf den ersten Blick ein attraktives Mittel zur Vereinfachung von Ausschreibungen. Praktisch jedoch verliert der Auftraggeber bei der Wahl dieses Verfahrens viele Möglichkeiten zum Schutz vor unredlichen Lieferanten. Die größte Unzulänglichkeit ist jedoch die Möglichkeit, zusätzliche Forderungen gegenüber den Beteiligten oder der Zusammensetzung der Preisanfrage aufzustellen, sowie ein Preisangebot aus unvorhergesehenen Gründen abzulehnen.

Dem gegenüber steht die online durchgeführte Auktion, die auf Grund des Umfangs an zugänglichen Informationen über die Ausschreibung transparenter ist. Der Handel selbst wird über das Internet abgewickelt, die Möglichkeit der Preisabsprache reduziert sich dabei spürbar. Zudem bestehen bei online durchgeführten Auktionen, beispielsweise dem föderalem Gesetz zufolge, klare Anforderungen, die den Beteiligten präsentiert werden können. Alleiniges Bewertungskriterium bleibt hierbei im Wesentlichen der Preis. Im Folgenden die prozentuale Verteilung der Ausschreibungsarten in der Einkaufspraxis von Rosatom:



Wie zu erkennen ist, werden weniger als 50 % der Aufträge online veröffentlicht, was von einem geringen Maß an Transparenz der Unternehmenseinkäufe zeugt. Hervorzuheben ist, dass sich Transparenz nicht nur auf den Zugang zu Protokollen und Dokumenten, sondern auch auf das Verfahren selbst bezieht. Das Fehlen eines internetbasierten Verfahrens bedeutet, dass es sich stattdessen um versiegelte Angebotsumschläge handelt. Da solch ein Verfahren von Natur aus undurchsichtig ist, bestehen unbeschränkte Möglichkeiten der Absprache zwischen dem Auftraggeber und den Beteiligten sowie zwischen den Beteiligten.

Wie aus der angeführten Tabelle zu entnehmen ist, werden mehr als 70 % aller Aufträge nach Preisfragen vergeben. Nebenbei bemerkt, liegt den Einkaufsrichtlinien von Rosatom zufolge der Grenzwert für Einkäufe durch Ausschreibungen mittels Preisfragen bei drei Mio. Rubel (€ 75.000). Bei föderalen Einkäufen liegt dieser Grenzwert bei 500.000 Rubel (€ 12.500). Dadurch ergibt sich, dass die überwiegende Mehrheit der Aufträge (deren Kosten belaufen sich in der Regel auf drei Mio. Rubel) in weniger effektiven und intransparenten Verfahren vergeben werden.

Ein Großteil der Verstöße bezieht sich gerade genau auf diese Überschreitung der oben angegebenen Grenze, vor allem grobe Verstöße gegen die eigenen Standards. Die vorgegebene Grenze für Einkäufe mittels Preisfragen wurde häufig um das Vielfache übertroffen. So zum Beispiel kam der Kauf von Rohren bei einem Ausgangspreis von 19 Mio. Rubel (€ 470.000) durch nur eine Preisanfrage zustande. Es wurde nur ein Angebot abgegeben. Schlussendlich wurde der Preis noch nicht einmal reduziert und der Vertrag ohne Mühe mit dem einzigen Beteiligten abgeschlossen. Ähnlich verliefen der Einkauf von Rohren im Wert von 29 Mio. Rubel (€ 720.000), die Auswahl einer Leasingfirma mit einem endgültigen

Vertragspreis von mehr als 20 Mio. Rubel (€ 620.000), die Auswahl eines Anbieters für eine lizenzierte Software über mehr als acht Mio. Rubel (€ 200.000) und viele weitere Einkäufe, die durch ein solches Verfahren, unter Verstoß gegen eigene Standards bei der Wahl der Ausschreibungsart, abgeschlossen wurden. Diese Tatsache führt zweifellos zu folgendem Schluss:

2. Die Effektivität der Kontrollmechanismen bei der Durchführung von Ausschreibungen ist viel zu gering, was die unbestrafte Verletzung eigener Standards möglich macht. So wurden im Verlauf der Untersuchung unterschiedlichste Verstöße gegen die Einkaufsrichtlinien für den Unternehmensbedarf von Rosatom aufgedeckt. Aus 200 ausführlich analysierten Aufträgen wurden, nach Meinung der Experten von Transparency International – Russland, ca. 40 % unter Verstoßen vergeben. Diese Zahl ist sehr beeindruckend. Verstöße finden auch heute noch statt, wobei sie jene Bereiche betreffen, die die Basis von Ausschreibungen bestimmen (zum Beispiel die Wahl der Ausschreibungsart).

3. Des Weiteren fehlt ein effektiver Kontrollmechanismus über die Qualitätssicherung der abgeschlossenen Verträge. Dies ist einer der Gründe für das Entstehen von Korruptionsrisiken. Es sollte jedoch bemerkt werden, dass solche Mechanismen, auf föderaler Ebene wie auch bei Rosatom selbst, gerade geschaffen werden. Die Lösung dieses Problems ist hierbei ein zentrales Element zur Reduzierung von Korruptionsrisiken.

4. Die Durchführung von Unternehmenseinkäufen ist unmittelbar mit der Entwicklung des Wettbewerbs verbunden. Dass dieser weiterhin problematisch ist, zeigen sowohl die dargestellten Verstöße wie auch eine Analyse der Ausschreibungs-Ergebnisse aus Sicht der Zahl der Angebote je Ausschreibung. Hierbei geht es nicht um jene Einkäufe, die mit einem erhöhten Sicherheitsniveau einhergehen. Das Problem besteht in den Möglichkeiten, unbegründete Forderungen gegenüber potentiellen Handelspartnern festzulegen.

Dieses Problem lässt sich am Besten an einem der Verstöße deutlich machen, der während der Untersuchung aufgedeckt wurde. In der Dokumentation zu einer der Ausschreibungen wurde als Kriterium, um die Angebote der an der Ausschreibung beteiligten Unternehmen zu bewerten, eine Entfernung der Produktions-

stätte vom Ort der Auftragsarbeit festgelegt, die nicht mehr als 10 Kilometer betragen sollte. Dabei wurde dieses Kriterium durch den Auftraggeber der Kategorie »Dauer der Bereitstellung der Dienstleistung« zugeordnet. Dieses Kriterium schloss einen Großteil der potentiellen Anbieter von der Teilnahme an der Ausschreibung aus (die, die sich weiter als 10 km vom Einsatzort entfernt befanden), da ihre Angebote gar nicht erst mit den Ausschreibungskriterien übereinstimmten. Hier von zeugt ein eingereichtes Angebot, welches schlussendlich angenommen wurde.

Wettbewerbsbedingungen werden genau dann verletzt, wenn der Auftraggeber in der Ausschreibung erhöhte Anforderungen an die Teilnehmer festlegt, in deren Folge nur noch ein Teilnehmer übrig bleibt, mit welchem der Auftraggeber wiederum verpflichtet ist, einen Vertrag abzuschließen. Häufig geschieht dies ohne jegliche Reduzierung des Ausschreibungspreises.

Fazit

Die Lösung der angeführten Probleme ist unmittelbar mit der Gewährleistung von Transparenz und dem Rückgang der Korruptionsrisiken im Bereich der Unternehmenseinkäufe von Rosatom verbunden. Obwohl die Probleme weiterhin bestehen, sollte angeführt werden, dass es kleinere Veränderungen in Richtung einer Verbesserung der Situation gibt. So lässt sich z. B. eine Verbesserung der Transparenz aus Sicht der Zugangs zu einer Reihe von normativen Dokumenten von Rosatom feststellen. Dies lässt sich daran festmachen, dass in vielen Fällen die Ergebnisse von Beschwerdeverfahren zu einigen Auktionen öffentlich gemacht wurden sowie die Anschaffungspläne zu Beginn eines Jahres veröffentlicht werden.

Alles in Allem lässt sich zusammenfassen, dass die spezifische Verwaltungsform des Atomsektors, durch einen Staatskonzern, keinen gesunden Wettbewerb zwischen den unterschiedlichen Technologien ermöglicht, die einen Anspruch auf die Energietechnologie der Zukunft erheben. Jegliche Ausnahmeregeln sind in erster Linie nur dem nützlich, der die Kontrolle über seine Handlungen reduzieren will und mögliche Verstöße zu verbergen sucht.

Übersetzung: Christoph Laug

Über die Autoren:

Ivan Ninenko ist Stellvertretender Direktor von Transparency International – Russland und Julia Tkacheva ist Expertin bei Transparency International – Russland.

Lesetipps:

Der gesamte Report findet sich auf Russisch im Internet: Zentr antikorrupzionnych issledowanij i iniziativ «Transperensi-Interneschnl – R»; «Ekosaschtschita!»: «Analis effektivnosti ispolsowanija deneschnych sredstw pri osuschtschestwlenii dejatelnosti po rasmeschtscheniju sakasow dlja nuschk Gosudarstwennoj korporazii po atomnoj energii „Rosatom“». Issledowanie Zentra antikorrupzionnych issledowanij i iniziativ «Transperensi Interneschnl – R» i gruppy «Ekosaschtschita!» Nojabr 2010. * Predwarietelnaja publikazija <http://www.transparency.org.ru/doc/rosatomfinal01000347.pdf>, 6. Juni 2011.

Russische Atompolitik und die Entwicklung von Rosatom

März 2004	Präsidentenerlass (W. Putin) Nr. 314: Gründung der Föderalen Atomenergiebehörde. Erster Vorsitzender: Alexander Rumjanzew.
November 2005	Sergej Kirienko wird Vorsitzender.
6. Oktober 2006	Die Russische Regierung verabschiedet das Gesetz Nr. 605: Föderales Zielprogramm zur Entwicklung des atomaren energie-industriellen Komplexes in Russland 2007–2010 und bis 2015. (Federalnaja zelewaja programma: raswitie atomnogo energopromyschlennogo kompleksa Rossii na 2007–2010 gody i na perspektiwy do 2015 goda) Finanzierungsumfang des Zielprogramms (2007–2010): 1.471,4 Mrd. Rubel (€ 36,5 Mrd.), davon: <ul style="list-style-type: none"> • 674,8 Mrd. Rubel (€ 16,7 Mrd.) aus dem föderalen Haushalt • 796,6 Mrd. Rubel (€ 19,8 Mrd.) von den Organisationen des Atomsektors <ul style="list-style-type: none"> • davon wiederum 49,75 Mrd. Rubel (€ 1,2 Mrd.) für wissenschaftliche Forschung und Demonstrationsanlagen. Ausbauziele: Bis Ende des Zielprogramms 2015 sollen 10 neue Reaktoren am Netz sein und 10 weitere in Bau.
18. Dezember 2007	Präsidentenerlass (W. Putin): Gründung des Staatskonzerns für Atomenergie Rosatom. Föderales Gesetz: „Über den Staatlichen Atomenergiekonzern ROSATOM“, Nr. 317-FZ vom 01.12.2007. http://document.kremlin.ru/doc.asp?ID=043128
26. März 2008	Rosatom übernimmt Aufgaben und Befugnisse der aufgelösten Föderalen Atomenergiebehörde. Sergej Kirienko wird Direktor von Rosatom.
August 2008	Das Föderale, integrierte Unternehmen (FSUE) Atomflot (Atomare Eisbrecher) wird Rosatom unterstellt.
3. Februar 2010	Föderales Zielprogramm: „Atomenergietechnologie der neuen Generation im Zeitraum 2010–2015 und der Perspektive 2020.“ (Federalnaja zelewaja programma jadernye energotekhnologii nowogo pokolenija na period 2010–2015 godow i na perspektiwu do 2020 goda) http://www.government.ru/gov/results/9415/ . Finanzierungsumfang des Zielprogramms (2010–2015): 128,294 Mrd. Rubel (€ 3,2 Mrd.), davon: <ul style="list-style-type: none"> • 110,428 Mrd. Rubel (€ 2,74 Mrd.) aus dem föderalen Haushalt, davon: <ul style="list-style-type: none"> • 50,971 Mrd. Rubel (€ 1,27 Mrd.) für wissenschaftliche Forschung und Demonstrationsanlagen • 59,457 Mrd. Rubel (€ 1,48 Mrd.) an Kapitalinvestitionen • 17,866 Mrd. Rubel (€ 444 Mio.) nichtstaatlicher, privatwirtschaftlicher Gelder Umsetzung des Zielprogramms in zwei Etappen (2010–2014 und 2015–2020). Zentrale Projekte: <ul style="list-style-type: none"> • Aufbau eines Versuchsreaktors für „Schnelle Neutronen“ („Schneller Brüter“) mit einem geschlossenen Atombrennstoff- (Neutronen-) Kreislauf, • Erforschung innovativer Technologien bei „Schnellen Neutronen“: bleigekühlter Reaktor (Lead-Cooled Fast Reactor, LFR), blei-wismut-gekühlter Reaktor, natriumgekühlter Reaktor (Sodium-Cooled Fast Reactor, SFR), • Renovierung des Teilchenbeschleunigers bei Protwino (Moskauer Gebiet), • Erforschung neuer Anwendungsmethoden der Atomenergie. • Durch die Einführung von Marktmechanismen im Atomsektor soll dessen Anteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 0,61 % im Jahr 2010 auf 0,71 % im Jahr 2020 angehoben und der Anteil der Industrieproduktion für den Atomsektor von 1,19 % (2010) auf 1,34 % (2020) angehoben werden.

Quelle: Föderales Zielprogramm: »Atomenergietechnologie der neuen Generation im Zeitraum 2010–2015 und der Perspektive 2020.« <http://www.government.ru/gov/results/9415/>.

Zusammengestellt von Christoph Laug

Die Struktur von Rosatom

Unternehmensbereiche				
Atomwaffen-Sektor	Atomenergie-Sektor*	Wissenschaft und Technologie	Nuklearsicherheit und Strahlenschutz	Atomare Eisbrecher
Zentrale Aktivitäten				
Unterstützung der Politik der atomaren Abschreckung	Uranabbau und Weiterverarbeitung	Angewandte und Grundlagenforschung	Störungsfreier Betrieb der Atomenergie- und weiterer nuklear- und strahlungsgefährdender Einrichtungen	Arktische Schifffahrt entlang des Nördlichen Seewegs
Ausführung staatlicher Verteidigungsaufträge	Herstellung des Kernbrennstoffs	Wissenschaftliche und technische Unterstützung der Atomenergie und des Programms zur Industrieentwicklung	Verwaltung des gebrauchten Kernbrennstoffs und Atommülls	Rettungseinsätze im Eismeer
	Planung und Bau von Atomkraftwerken	Innovative Entwicklungen, darunter jene in angrenzenden Industrien	Lösungen zum Problem des „Nuklearen Erbes“ aus vorherigen Wirtschafts- und Verteidigungsaktivitäten der Atomindustrie (Weiterverarbeitung und Lagerung gebrauchten Kernbrennstoffs und Atommülls, Wiederherstellung atomar verseuchter Gebiete u.a.)	
	Stromgewinnung in Atomkraftwerken			
	Herstellung der Anlagenteile zum Bau von AKW's und anderer Einrichtungen			
	Stilllegung von Einrichtungen und Anlagen			

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

Die Struktur von Rosatom (Fortsetzung)

Unternehmensbereiche				
Atomwaffen-Sektor	Atomenergie-Sektor*	Wissenschaft und Technologie	Nuklearsicherheit und Strahlenschutz	Atomare Eisbrecher
Aufbau				
20 föderale, integrierte Unternehmen	4 föderale, integrierte Unternehmen	10 föderale, integrierte Unternehmen	9 föderale, integrierte Unternehmen	1 föderales, integriertes Unternehmen
4 offene Aktienernehmen	92 offene Aktienernehmen	4 offene Aktienernehmen	2 offene Aktienernehmen	
2 Unternehmen mit beschränkter Haftung	67 Unternehmen mit beschränkter Haftung	2 Joint-Ventures		
1 geschlossenes Aktienernehmen	48 geschlossenes Aktienernehmen			
	3 nichtstaatliche Bildungseinrichtungen			
	1 Genossenschaft mit beschränkter Haftung			

* der Atomenergiekomplex beinhaltet zu dem 17 ausländische Unternehmen in unterschiedlicher rechtlicher Beteiligung

Quelle: Rosatom 2009: Jahrbuch des Staatlichen Atomenergiekonzerns, S. 30, http://www.rosatom.ru/wps/wcm/connect/rosatom/rosatomsite.eng/investmentstrategy/presentations_anreps/.

Die russische Atomwirtschaft in Zahlen

Tabelle 1: Energiegewinnung aus Gas-, Wasser- und Atomkraftwerken, 1992–2010

	1992	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010
in KWh/Jahr									
Gesamte Energiegewinnung in Mrd. KWh/Jahr	1.008	860	878	953	996	1015	1.040	992	1.037
Davon:									
Dampfkraftwerke (Gasturbine)	715	583	582	629	664	676	710	652	698
Wasserkraftwerke	173	177	165	175	175	179	167	176	168
Atomkraftwerke	120	99,5	131	149	156	160	163	164	170
in %									
Gesamte Energiegewinnung	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %
Davon:									
Heizkraftwerke (Gasturbine)	70,9 %	67,8 %	66,3 %	66,0 %	66,7 %	66,6 %	68,3 %	65,7 %	67,3 %
Wasserkraftwerke	17,2 %	20,6 %	18,8 %	18,4 %	17,6 %	17,6 %	16,1 %	17,7 %	16,2 %
Atomkraftwerke	11,9 %	11,6 %	14,9 %	15,6 %	15,7 %	15,8 %	15,7 %	16,5 %	16,4 %

Quelle: *Rossija w zifrach 2011, Jahrbuch des russischen Statistikamts 2011, S. 263, Abb. 14.54 und 14.55.*
http://www.gks.ru/free_doc/doc_2011/rusfig/rus11.rar

Tabelle 2: Atomenergieexport, gesamt und nach Region (in Mio. KWh)

	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Strom Mio. Kwh	16.684	15.132	22.568	20.927	18.468	20.738	17.923	19.041
Davon:								
In die GUS	8.432	9.095	9.211	5.942	5.386	6.290	3.727	581
Außerhalb der GUS	8.252	6.037	13.357	14.985	13.082	14.448	14.196	18.460

Quelle: *Rosstat: Rossija w zifrach 2011 (Jahrbuch des russischen Statistikamts 2011), S. 558ff. Abb. 26.15, 26.16, 26.17*
http://www.gks.ru/free_doc/doc_2011/rusfig/rus11.rar

Tabelle 3: Top-10 Atomstromerzeuger im internationalen Vergleich (Mrd. KWh/Jahr)

	2000	2008	Zuwachs/Abnahme in %
USA	797,7	837,8	105,0 %
Frankreich	415,2	439,5	105,9 %
Russland	131,0	164,0	125,2 %
Deutschland	169,6	148,5	87,6 %
Kanada	72,8	93,9	129,0 %
Ukraine	77,3	89,9	116,3 %
Schweden	57,3	63,8	111,3 %
China	16,7	62,1	371,9 %
Spanien	62,2	58,8	94,5 %
Großbritannien	85,1	52,5	61,7 %

Auf Basis von: Rosstat (2010): *Ochrana okruschajuschtschej sredy w Rossii 2010 (Jahrbuch über den Umweltschutz, Russisches Statistikamt 2010)*, S. 193f., Tabelle 14.7, http://www.gks.ru/doc_2010/ohrana_2010.rar

Tabelle 4: Atomkraftwerke im Betrieb

Reaktor	Typ W=PWR	Mwh/ Jahr	Lage	Inbetriebnahme	Laufzeit/Jahre (bis 06/11)	Geplante Abschaltung
Balakowo 1-4	W-320	988	Saratow	05/1986, 01/1988, 01/1989, 12/1993	25, 23, 21, 17	2015, 2017, 2018, 2023
Belojarsk 3	BN600 FBR	560	Swerdlowsk	11/1981	29	2025
Bilibino 1-4	LWGR EGP-6	11	Autonomer Bezirk der Tschuktschen	04/1974, 02/1975, 02/1976, 01/1977	37, 36, 35, 34	2019-21
Kalinin 1-2	W-338	950	Gebiet Twer	06/1985, 03/1987	26, 24	2014, 2016
Kalinin 3	W-320	950	Gebiet Twer	12/2004	6	2034
Kola 1-2	W-230	432, 411	Murmansk	12/1973, 02/1975	37, 36	2018, 2019
Kola 3-4	W-213	411	Murmansk	12/1982, 12/1984	28, 26	2026, 2014
Kursk 1-2	RBMK	971	Gebiet Kursk	10/1977, 08/1979	33, 31	2021, 2024
Kursk 3-4	RBMK	925	Gebiet Kursk	03/1984, 02/1986	27, 25	2013, 2015
Leningrad 1-2	RBMK	925, 971	St. Petersburg	11/1974, 02/1976	36, 35	2018, 2020
Leningrad 3-4	RBMK	925	St. Petersburg	06/1980, 08/1981	31, 29	2024, 2025
Novovoronezh 3-4	W-179	385	Woronesch	06/1972, 03/1973	39, 38	2016, 2017
Novovoro- nesch 5	W-187	950	Woronesch	02/1981	30	2035, nach Renovierung
Rostov 1	W-320	990	Gebiet Rostow	03/2001	10	2030
Rostov 2	W-320	990	Gebiet Rostow	03/2010	1	
Smolensk 1-3	RBMK	925	Gebiet Smolensk	09/1983, 07/1985, 01/1990	27, 25, 21	2028, 2015, 2020

Gesamt: 32 Gesamtleistung: 23.084 Mwh Durchschnittliche Betriebsdauer: 27,4 Jahre

V320 ist das Basismodell, üblicherweise VVER-1000; V-230 und V-213 sind normalerweise VVER-440; V-179 und V-187 sind Prototypen. Rostov wurde ehemals als Wolgodonsk bezeichnet.

Quellen: World Nuclear Association: *Nuclear Power in Russia*, <http://www.world-nuclear.org/info/inf45.html> sowie Internationale Atomenergiebehörde IAEA: *Power Reactor Information System (PRIS)*, <http://www.iaea.or.at/programmes/a2/>, Zugriff am 23. Juni 2011.

Tabelle 5: Atomkraftwerke im Bau

Reaktor	Typ	Mwh/Jahr	Lage	Baubeginn	Geplanter Netzanschluss	
Akademik Lomonosov 1–2	PWR	32	Kamtschatka	15.04.2007	01.12.2013	
Belojarsk-4 (BN-800)	FBR	804	Swerdlowsk	18.07.2006		
Kalinin-4	PWR	950	Gebiet Twer	01.08.1986		
Kursk-5	LWGR	915	Gebiet Kursk	01.12.1985		
Leningrad II-1, II-2	PWR	1085	St. Petersburg	10/2008, 04/2010		
Novovoronesch II-1	PWR	1114	Nowoworonesch	24.06.2008	31.12.2013	
Novovoronesch II-2	PWR	1114	Nowoworonesch	12.07.2009		
Rostov-3, 4	PWR	1011	Gebiet Rostow	09/2009, 06/2010		
Gesamt: 11 Gesamtleistung: 9.153 Mwh						

Rostow wurde ehemals Wolgodonsk genannt, der Bau der Reaktorblöcke 3 und 4 wurde schon 1983 begonnen, aber auf unbestimmte Zeit verschoben und ist bis zum erneuten Baubeginn kaum fortgeschritten.

Quellen: World Nuclear Association: Nuclear Power in Russia, <http://www.world-nuclear.org/info/inf45.html> sowie Internationale Atomenergiebehörde IAEA: Power Reactor Information System (PRIS), <http://www.iaea.or.at/programmes/a2/>, Zugriff am 23. Juni 2011.

Tabelle 6: Stillgelegte Atomkraftwerke

Reaktor	Typ	Mwh/Jahr	Lage	Netzanschluss	Stillgelegt am:	Laufzeit/Jahre
APS-1 Obninsk	LWGR	5	Kaluga	26.06.1954	29.04.2002	47
Belojarsk-1	LWGR	102	Swerdlowsk	26.04.1964	15.01.1983	18
Belojarsk-2	LWGR	146	Swerdlowsk	29.12.1967	15.04.1990	22
Novovoronesch-1	PWR	197	Nowoworonesch	30.09.1964	16.02.1988	23
Novovoronesch-2	PWR	336	Nowoworonesch	27.12.1969	29.08.1990	20
Gesamt: 5 Gesamtleistung: 786 Mwh Durchschnittliche Betriebsdauer: 26 Jahre						

Quellen: World Nuclear Association: Nuclear Power in Russia, <http://www.world-nuclear.org/info/inf45.html> sowie Internationale Atomenergiebehörde IAEA: Power Reactor Information System (PRIS), <http://www.iaea.or.at/programmes/a2/>, Zugriff am 23. Juni 2011.

Tabelle 7: Geplante Kraftwerksneubauten

Reaktor	Typ	MWh/Jahr	Geplanter Baubeginn	Geplanter Netzanschluss
Baltic 1 (Kaliningrad)	WVER 1200	1200	01.04.2011	Mitte 2016
Sewersk 1	WVER 1200	1200	2010	2016
Leningrad II -3	WVER 1200	1200	2011	2016?
Nizhegorod 1	WVER 1200	1200	2012	2019
Sewersk 2	WVER 1200	1200	2012	2018
Twer 1	WVER 1200	1200	2012	2017
Nizhegorod 2	WVER 1200	1200	2013	2022
Twer 2	WVER 1200	1200	2013	2017
Baltic 2 (Kaliningrad)	WVER 1200	1200	2014	2018
Leningrad II -4	WVER 1200	1200	2014	2019
Tsentral 1	WVER-1200	1200	2013	2018
Tsentral 2	WVER-1200	1200	2014	2019
Beloyarsk 5	BREST	300	2016	2020
Dimitrowgrad	SWBR-100	100	2017	2020
Gesamt: 14 Gesamtleistung: 14.800 Kwh				

Quelle: World Nuclear Association: Nuclear Energy in Russia, <http://www.world-nuclear.org/info/inf45.html> Zugriff am 23.6.2011.

Tabelle 8: Vorschläge für weitere Kraftwerksneubauten in der Diskussion

Reaktor	Typ	MWh/Jahr	Status	Denkbarer Netzanschluss
Schelesnogorsk MCC	WBER-300	300	Vorgeschlagen	2015
Schelesnogorsk MCC	WBER-300	300	Vorgeschlagen	2016
Kursk II-1	WVER 1200	1200	Vorgeschlagen	2015
Kursk II-2	WVER 1200	1200	Vorgeschlagen	2017
Kursk II-3	WVER 1200	1200	Vorgeschlagen	2018
Kursk II-4	WVER 1200	1200	Vorgeschlagen	2019
Smolensk II-1	WVER 1200	1200	Vorgeschlagen	2017
Smolensk II-2	WVER 1200	1200	Vorgeschlagen	2018
Smolensk II-3	WVER 1200	1200	Vorgeschlagen	2019
Smolensk II-4	WVER 1200	1200	Vorgeschlagen	2020
Kola II-1	WK-300, WBER 300 oder WVER	300	Vorgeschlagen	2020
Südlicher Ural 1	WVER 1200	1200	Verschoben	Ursprünglich 2016
Nowoworonezh II-3	WVER 1200	1200	Vorgeschlagen	2017?
Zentral 1	WVER 1200	1200	Verschoben, 2013	2018
Südlicher Ural 2	WVER 1200	1200	Vorgeschlagen	Ursprünglich 2018
Kola II-2	WK-300 oder WBER 300	300	Vorgeschlagen	2018
Nowoworonesch II-4	WVER 1200	1200	Vorgeschlagen	2019?
Twer 3	WVER 1200	1200	Vorgeschlagen	2019
Südlicher Ural 3	WVER 1200	1200	Vorgeschlagen	2019
Zentral 2	WVER 1200	1200	Vorgeschlagen	Ursprünglich 2019
Kola II-3	WK-300 or WBER 300	300	Vorgeschlagen	2019

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

Tabelle 8: Vorschläge für weitere Kraftwerksneubauten in der Diskussion (Fortsetzung)

Reaktor	Typ	MWh/Jahr	Status	Denkbarer Netzanschluss
Primorsk 1	WK-300 or WBER 300	300	Vorgeschlagen	2019
Nizhegorod 3	WVER 1200	1200	Vorgeschlagen	2019
Nizhegorod 4	WVER 1200	1200	Vorgeschlagen	2020
Zentral 3	WVER 1200	1200	Vorgeschlagen	2019 ?
Zentral 4	WVER 1200	1200	Vorgeschlagen	2020 ?
Südlicher Ural 4	WVER 1200	1200	Vorgeschlagen	2020
Twer 4	WVER 1200	1200	Vorgeschlagen	2020
Kola II-4	WK-300 or WBER 300	300	Vorgeschlagen	2020
Primorsk 2	WK-300 or WBER 300	300	Vorgeschlagen	2020
Pewek	KLT-40S	2x40	Vorgeschlagen	2020
Belojarsk 6	BN-1200	1200	Vorgeschlagen (genehmigt)	2024?
Gesamt: 32 Anlagen Gesamtleistung: ca. 30.000 KWh				

WVER-1200 ist der Reaktorteil des AES-2006 Atomkraftwerks. Das Kraftwerk Südlicher Ural sollte ursprünglich vom Typ BN-800 sein und könnte es auch wieder werden.

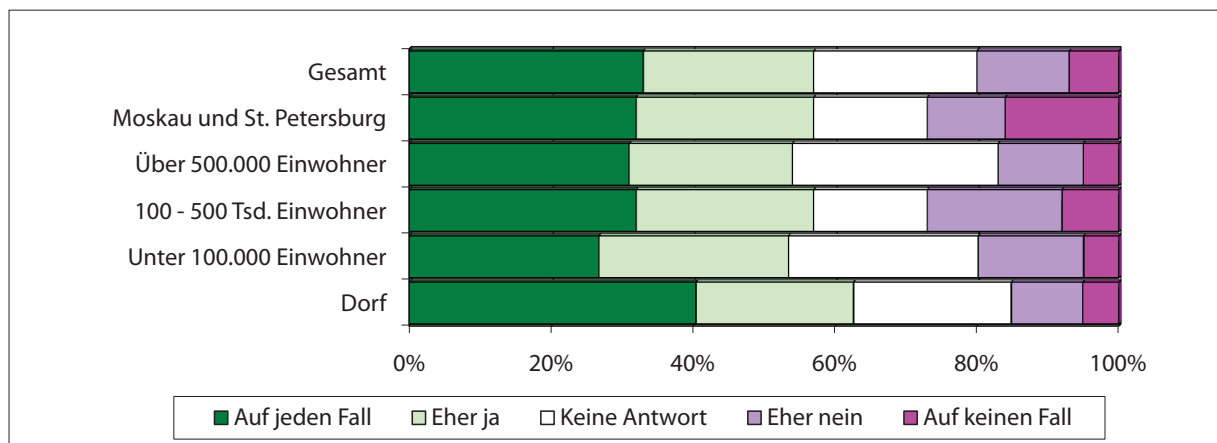
Quelle: World Nuclear Association: Nuclear Energy in Russia, <http://www.world-nuclear.org/info/inf45.html> Zugriff am 23.6.2011.

UMFRAGE

Pro und Contra Atomenergie. Russische Umfragen 2011 und 2006

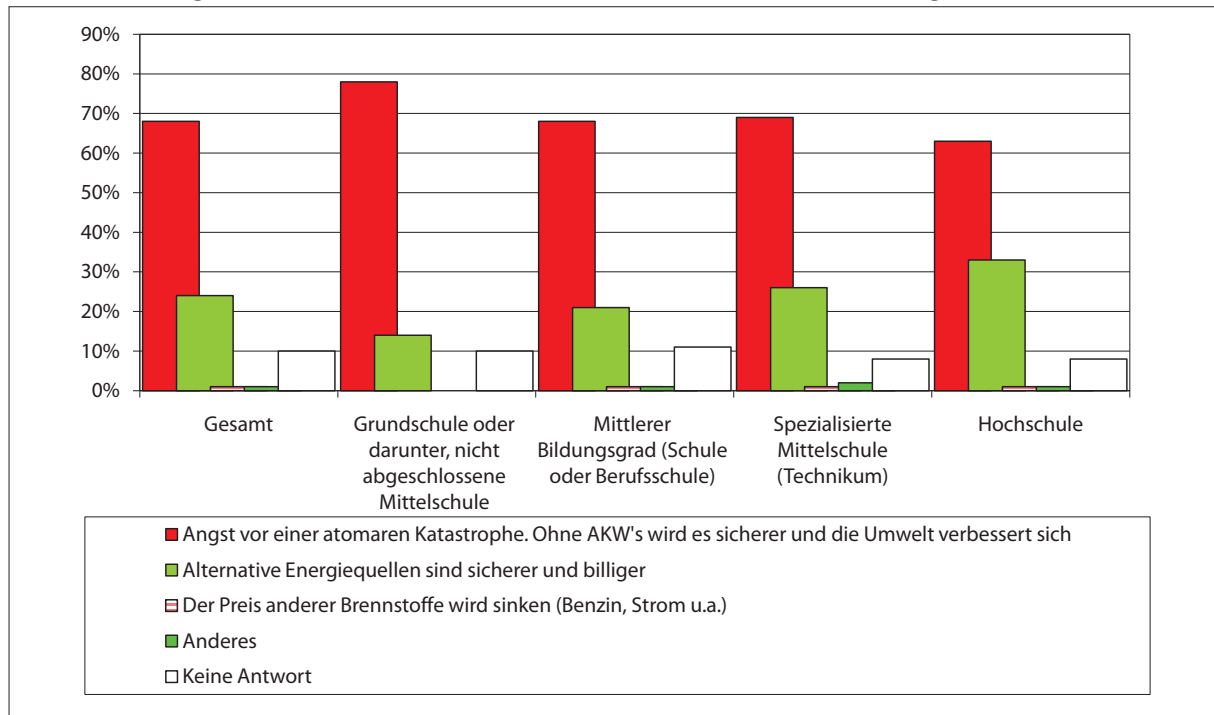
Ausstieg aus der Atomindustrie?

Grafik 1: Deutschland plant, in den kommenden zehn Jahren alle Atomkraftwerke abzuschalten und auf alternative Energiequellen umzusteigen. Angenommen, Russland würde die gleiche Entscheidung treffen, würden Sie diese unterstützen oder nicht?



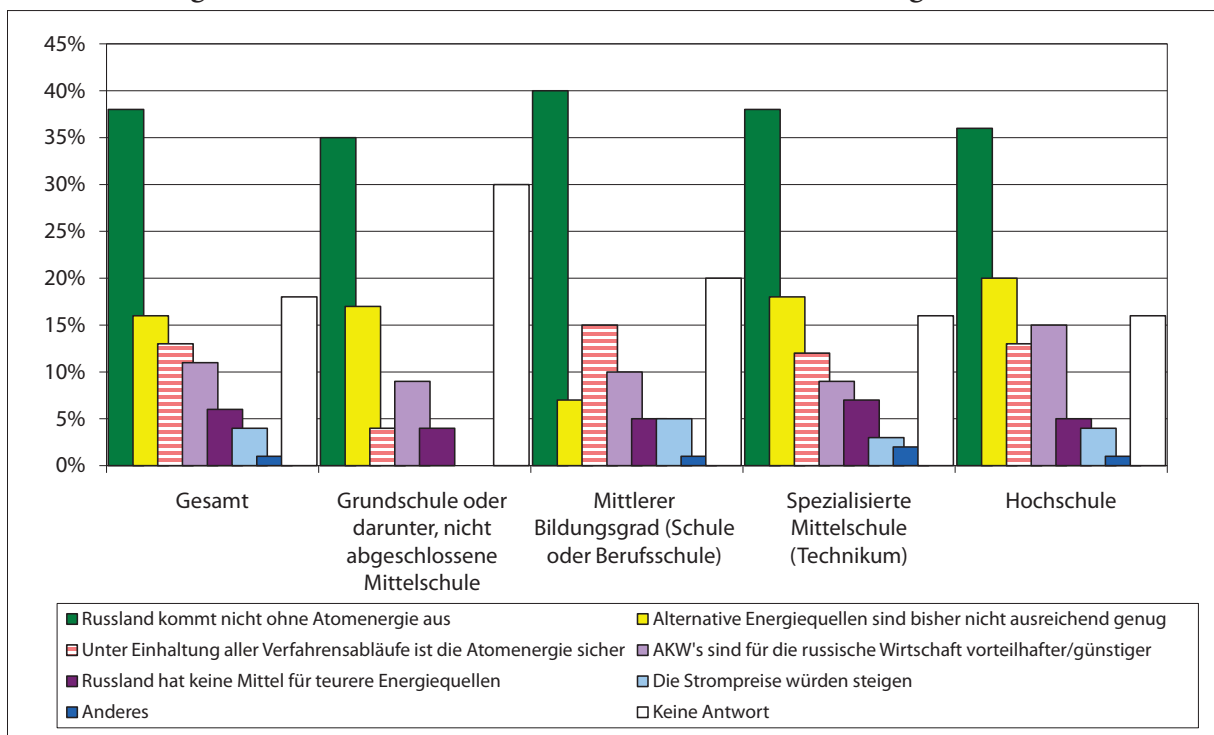
Quelle: Umfragen des WZIAM vom 11.–12. Juni 2011, <http://old.wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/111693.html>

Grafik 2: Weshalb befürworten Sie diesen Vorschlag? (offene Frage, beliebig viele Antwortmöglichkeiten, in % derer, die eine Abkehr von der Atomenergie befürworten)



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 11.–12. Juni 2011, <http://old.wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/111693.html>

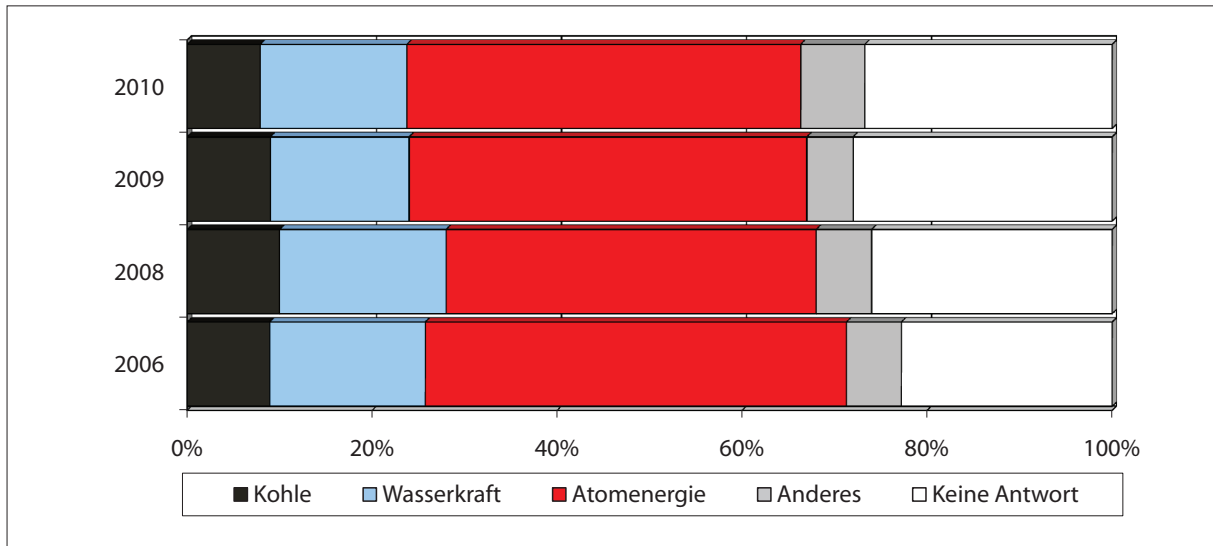
Grafik 3: Weshalb befürworten Sie diesen Vorschlag nicht? (offene Frage, beliebig viele Antwortmöglichkeiten, in % derer, die eine Abkehr von der Atomenergie nicht befürworten)



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 11.–12. Juni 2011, <http://old.wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/111693.html>

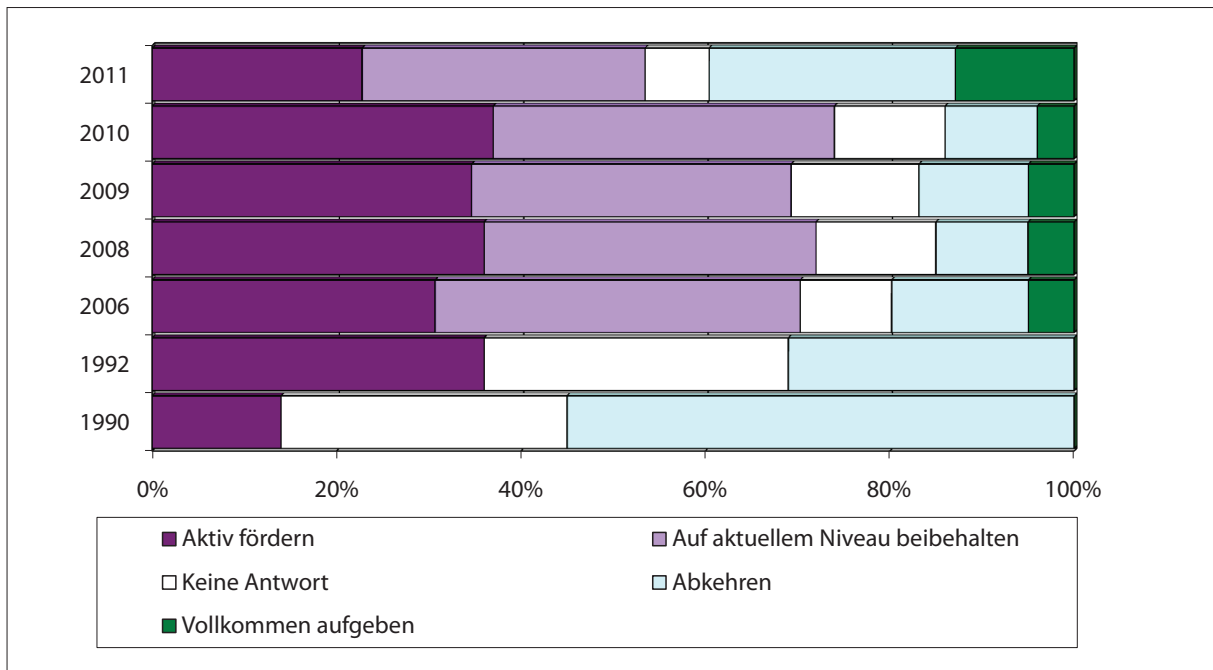
Zur Lage in Japan und der Atomenergie

Grafik 4: Es wird gesagt, dass die russischen Öl- und Gasvorräte bis in 20 Jahren versiegen werden. Was kann, Ihrer Meinung nach, diese Energiequellen ersetzen?



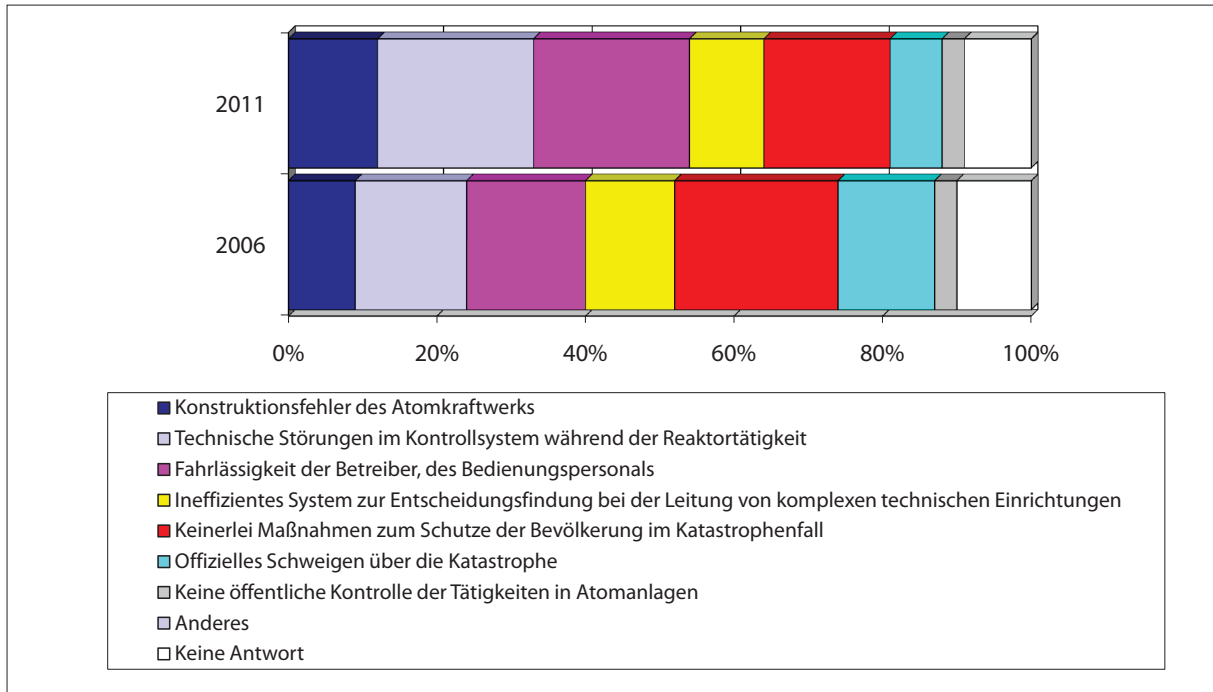
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 18.–21. März 2011, <http://www.levada.ru/press/2011032803.html>

Grafik 5: Sollte die Atomenergie aktiv gefördert, auf dem aktuellen Niveau beibehalten, von ihr abgerückt oder diese vollkommen aufgegeben werden?



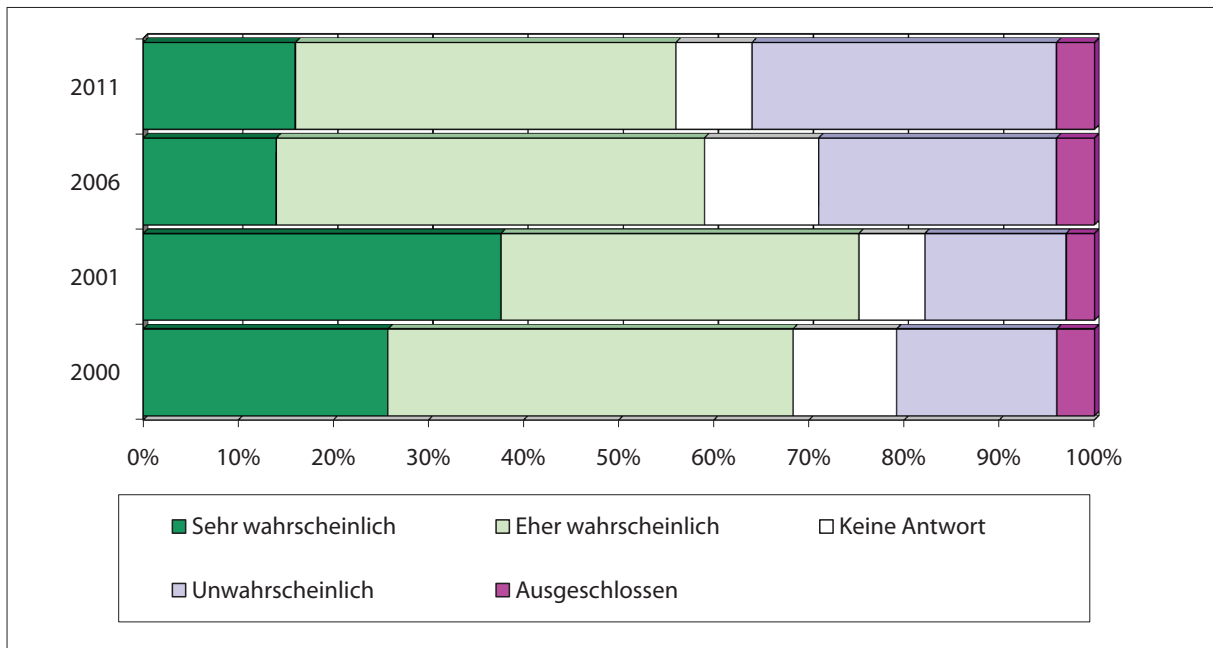
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 18.–21. März 2011, <http://www.levada.ru/press/2011032803.html>

Grafik 6: Welches wichtige Problem deckte die Reaktorkatastrophe in Tschernobyl Ihrer Meinung nach auf?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 18.–21. März 2011, <http://www.levada.ru/press/2011032803.html>

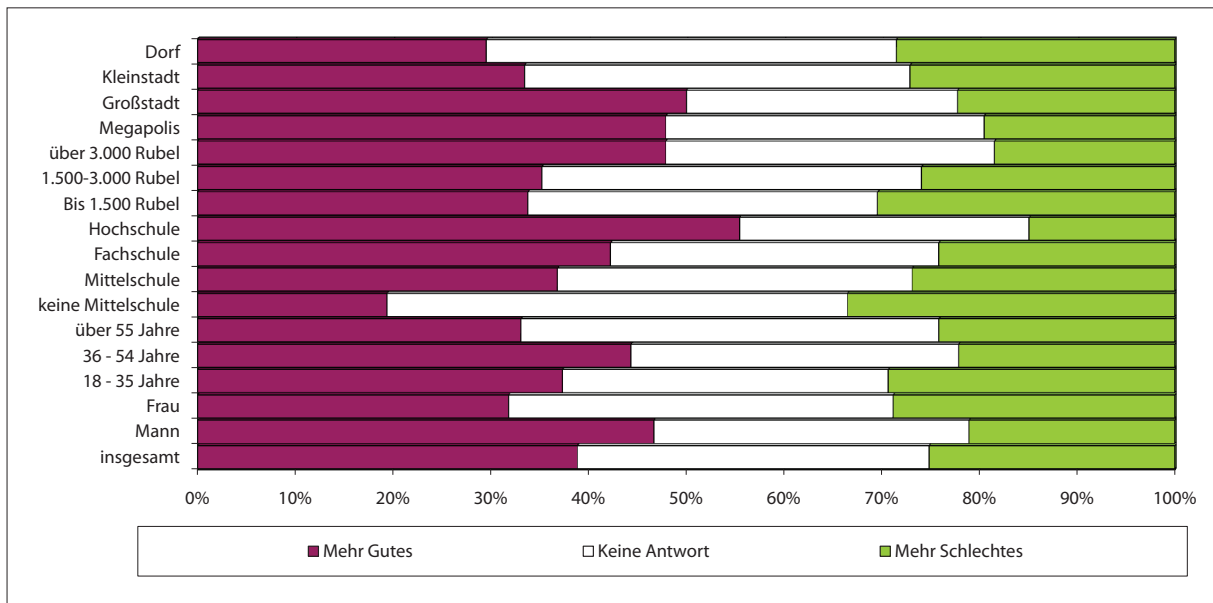
Grafik 7: Könnte sich in Russland, Ihrer Meinung nach, in den kommenden Jahren eine Katastrophe, ähnlich derer in Tschernobyl, wiederholen?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 18.–21. März 2011, <http://www.levada.ru/press/2011032803.html>

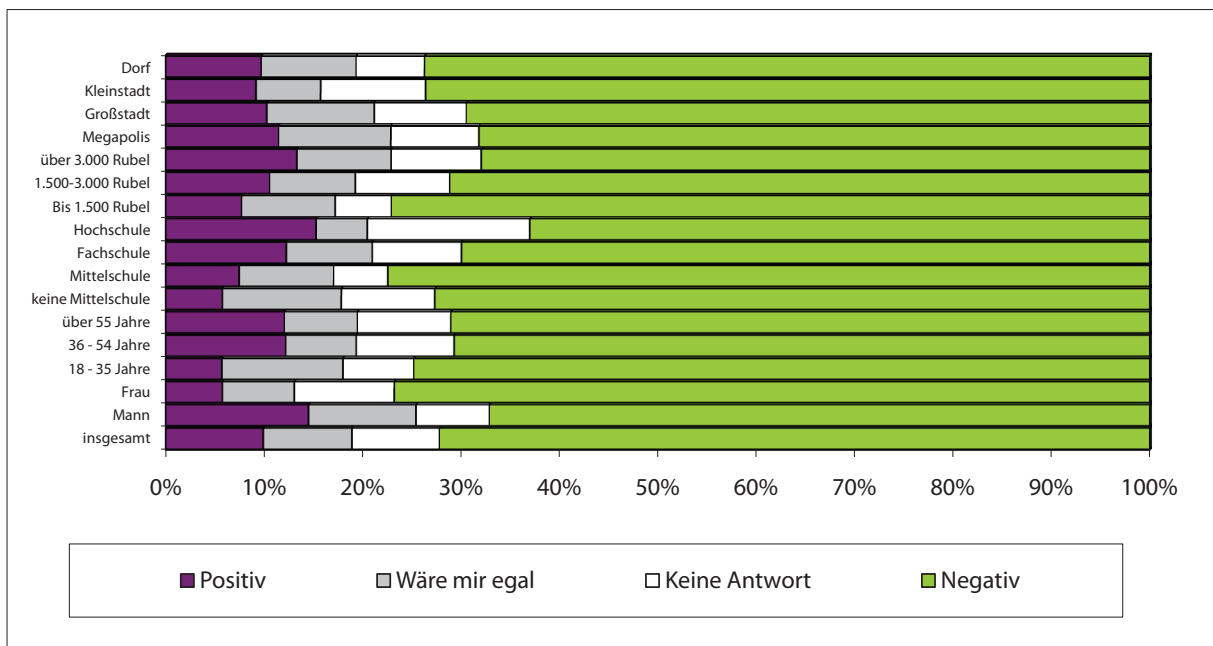
Atomenergie in Russland. Eine Umfrage aus dem Jahr 2006

Grafik 8: Bringt die Entwicklung der Atomenergie, Ihrer Meinung nach, Russland insgesamt mehr Gutes oder mehr Schlechtes?



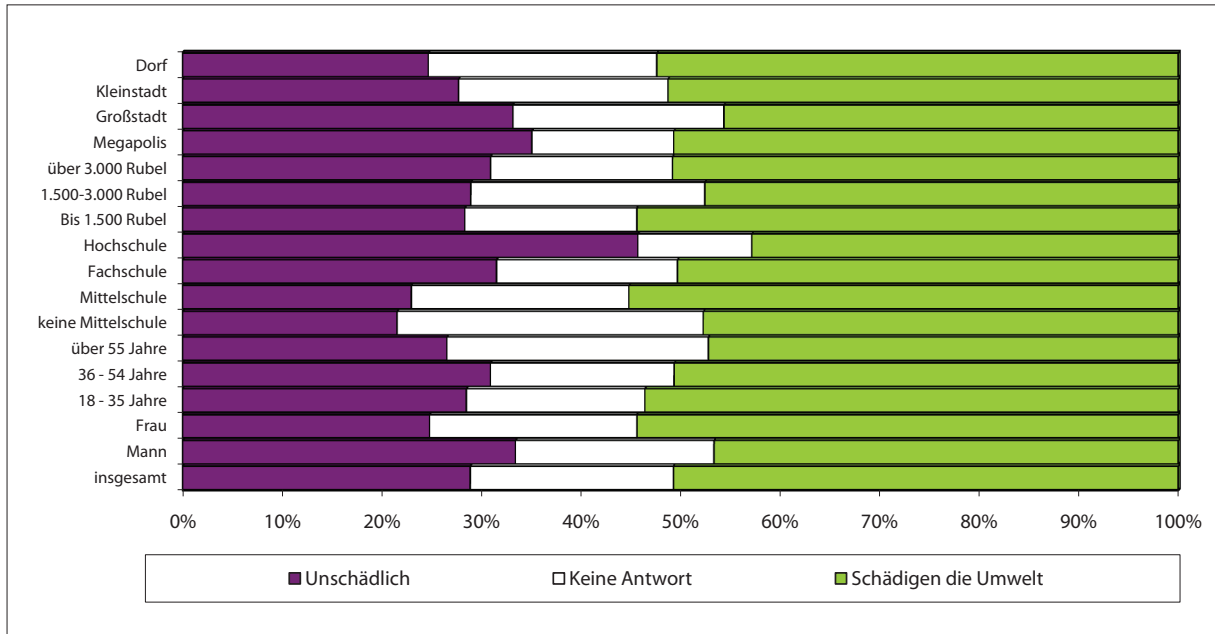
Quelle: Umfragen des FOM, vom 11.–12. Februar 2006 <http://bd.fom.ru/zip/tb0607.zip>

Grafik 9: Wenn man beschließen würde, in Ihrer Nähe ein Atomkraftwerk zu bauen, wie würden Sie darauf reagieren: positiv, negativ oder wäre es Ihnen egal?



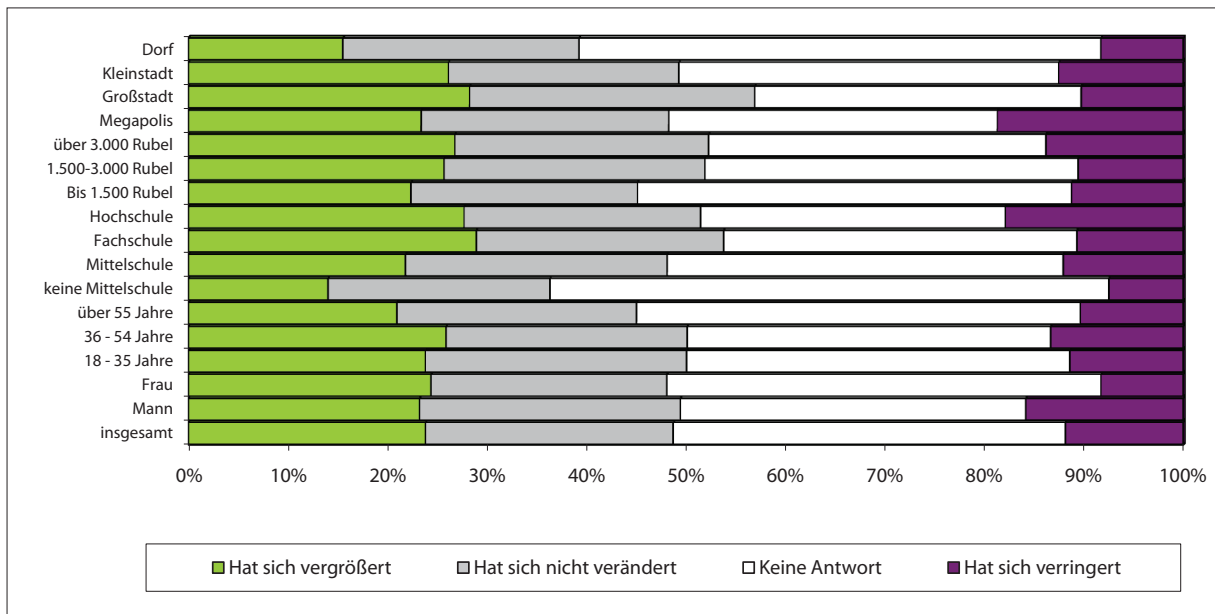
Quelle: Umfragen des FOM, vom 11.–12. Februar 2006 <http://bd.fom.ru/zip/tb0607.zip>

Grafik 10: Schädigen Atomkraftwerke, die ohne Störungen und Unfälle laufen, die Umwelt oder sind sie unschädlich?



Quelle: Umfragen des FOM, vom 11.–12. Februar 2006 <http://bd.fom.ru/zip/tb0607.zip>

Grafik 11: Hat sich in den vergangenen 20 Jahren die Wahrscheinlichkeit einer großen Atomkatastrophe in unserem Land vergrößert oder verkleinert?



Quelle: Umfragen des FOM, vom 11.–12. Februar 2006 <http://bd.fom.ru/zip/tb0607.zip>

Vom 17. bis 30. Juni 2011

17.–20.06.2011	Im Wald von Chimki findet ein Forum »Anti-Seliger« statt, das dem Umweltschutz und der Entwicklung der Zivilgesellschaft gewidmet ist. Jewgenija Tschirikowa, Vorsitzende der Bewegung zum Schutz des Waldes in Chimki, organisiert die Veranstaltung, die eine Art Gegenveranstaltung zum bevorstehenden Sommerlager der regierungsnahen Jugendorganisationen am Seligersee ist. Ca. 2.000 Personen nehmen an dem Forum teil.
17.06.2011	Im Beisein von Präsident Medwedew unterzeichnen das russische »Vereinigte Schiffbauunternehmen« (OSK) und das französische DCNS einen Vertrag über den Bau von zwei Mistral-Flugzeugträgern für Russland im Wert von € 1,1 Mrd.
17.06.2011	Platon Lebedew, Ex-Vorstand von Menatep und gemeinsam mit Michail Chodorkowskij am 25. Mai im Revisionsverfahren vom Moskauer Stadtgericht zu 13 Jahren Haft verurteilt, wird in ein Gefängnis im Gebiet Archangelsk verlegt.
17.–18.06.2011	Dmitrij Medwedew nimmt am internationalen Wirtschaftsforum in St. Petersburg teil. In seiner programmatischen Rede setzt er sich für eine Fortsetzung des Reformkurses ein. Er lehnt explizit das Modell eines »Staatskapitalismus« ab, fordert eine Dezentralisierung und Verkleinerung der Staatsverwaltung, Privatisierung der Staatsunternehmen und die Schaffung eines besseren Investitionsklimas. Auf dem Wirtschaftsforum werden Wirtschaftsabkommen im Umfang von 62 Mrd. Rubel (€ 1,5 Mrd.) abgeschlossen.
18.06.2011	Jelena Bonner, aktive Menschenrechtlerin und Ehefrau des 1989 verstorbenen Friedensnobelpreisträgers Andrej Sacharow, stirbt im Alter von 89 Jahren in Boston, USA.
19.06.2011	Bei einer Anschlagsserie in den Rajons Urus-Martanow und Wedenskij (Tschetschenien) werden ein Wehrdienstleistender getötet und fünf weitere Sicherheitskräfte verletzt.
20.06.2011	In einem in der Financial Times veröffentlichten Interview unterstreicht Präsident Medwedew seinen Reformwillen und betont, dass er für Russland ein Modell, das Marktwirtschaft mit Einschränkung demokratischer Freiheiten verbindet, ablehnt.
20.– 21.06.2011	Wenige Meter vor der Landebahn nahe der Stadt Petrosawodsk stürzt eine von Moskau kommende Passagiermaschine ab. 47 Passagiere kommen ums Leben, fünf Personen überleben die Katastrophe. Als Absturzursache werden Fehler der Besatzung ausgemacht.
21.06.2011	Staatsbesuch von Ministerpräsident Wladimir Putin in Frankreich. Bei dem Besuch werden eine Reihe von Verträgen unterzeichnet und Wirtschaftskooperationen vereinbart. In einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem französischen Premierminister François Fillon erklärt er zu Medwedews Rede auf dem Internationalen Wirtschaftsforum in St. Petersburg, dass »dies unser gemeinsames Programm« sei.
21.06.2011	Ein Moskauer Gericht weist die Verleumdungsklage von Vasilij Jakemenko, Vorsitzender der Föderalen Agentur für Jugendangelegenheiten, gegen Oleg Kaschin, Journalist der Tageszeitung »Kommersant«, sowie gegen Alexandr Morosow, »Nowye Iswestija«, zurück. Oleg Kaschin hatte Jakemenko in den »Nowye Iswestija« beschuldigt, für den brutalen Überfall auf ihn im November 2010 verantwortlich zu sein. Jakemenko forderte 1,5 Mio. Rubel (€ 37,000) Schadenersatz. Jakemenko legt drei Tage später gegen das Urteil Berufung ein.
21.06.2011	Alexej Kudrin, russischer Finanzminister, teilt mit, dass die Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft Belarus aus dem Anti-Krisenfonds eine erste Kredittranche in Höhe von 800 Mio. USD überwiesen hat.
21.06.2011	Bei einer Spezialoperation der Sicherheitskräfte im Rajon Kisljarsk (Dagestan) werden fünf mutmaßliche Untergrundkämpfer getötet.

21.06.2011	Das russische Außenministerium protestiert in einer Mitteilung gegen den Aufenthalt des amerikanischen Kriegsschiffes »Monterey« im Schwarzen Meer. Das Schiff habe sich »demonstrativ dem Hafen von Batumi (Abchasien) genähert«, was »ernsthafte Fragen« aufwerfe und im Widerspruch zum Charakter der russisch-amerikanischen Beziehungen stehe. Das Außenministerium protestierte schon am 12. Juni gegen die Teilnahme desselben Kriegsschiffes an dem ukrainisch-amerikanischen Manöver »Sea-Breeze-2011«.
22.06.2011	Das russische Justizministerium verweigert der liberalen russischen Oppositionspartei »Partei der Volksfreiheit« (ParNaS) die Zulassung zu den Dumawahlen im kommenden Dezember.
23.06.2011	Der Europarat verleiht dem russischen »Komitee gegen Folter« den alle zwei Jahre verliehenen und mit 10.000 Euro dotierten Europäischen Menschenrechtspreis. Hervorgehoben wurde von der Jury das Engagement des Komitees bei unabhängigen Ermittlungen in Tschetschenien.
23.06.2011	Viktor Subkow, Erster Stellvertretender Ministerpräsident, gibt bekannt, dass er bis zum 30. Juni seine Aufsichtsratsposten in der Russischen Landwirtschaftsbank und dem Konzern »RosAgroLising« aufgeben sowie aus dem Unternehmen »RosSpirtProm« zurücktreten werde. Sein Aufsichtsratsposten bei »Gazprom« sei jedoch »ein anderer Fall«. Präsident Medwedew hatte am 2. April verlangt, dass Minister und Stellvertreter des Ministerpräsidenten bis zum 1. Juli 2011 von Aufsichtsratsposten in jenen Aktiengesellschaften mit Staatsbeteiligung zurücktreten sollen, die in ihren Zuständigkeitsbereich fallen.
23.06.2011	Im Gebiet Astrachan stürzt ein Kampfflugzeug vom Typ MiG-29 ab. Beide Piloten kommen ums Leben.
24.06.2011	Das Moskauer Stadtgericht entscheidet, dass im zweiten Strafverfahren gegen Michail Chodorkowskij und Platon Lebedew die Verlängerung der Untersuchungshaft von Mai bis August 2010 gesetzeskonform gewesen sei.
24.06.2011	Präsident Medwedew schlägt der Staatsduma ein Gesetzes vor, demzufolge die Sperrklausel für den Einzug der Parteien in die Staatsduma von 7 auf 5 % reduziert werden soll.
24.06.2011	Dmitrij Medwedew trifft in Kasan (Tatarstan) mit den Präsidenten Armeniens und Aserbaidschans, Sersch Sarkisjan und Ilham Alijew, zusammen, um über Möglichkeiten zur Regulierung des Bergkarabach-Konflikts zu sprechen. Es werden keine bindenden Vereinbarungen getroffen.
25.06.2011	Michail Prochorow wird zum Mitglied und Vorsitzenden der Partei »Rechte Sache« gewählt. Dafür stimmen die Delegierten bei einer außerordentlichen Parteiversammlung im Moskauer World Trade Center.
25.06.2011	In Reaktion auf den Flugzeugabsturz bei Petrosawodsk in der Nacht zum 21. Juni gibt Alexander Neradko, Vorsitzender der russischen Luftfahrtbehörde, bekannt, dass ab dem 1. Januar 2012 in Russland keine Flugzeuge fliegen dürfen, die nicht über ein Sicherheitssystem nach weltweitem Standard verfügen.
26.06.2011	Bei einer Versammlung zum 48. Geburtstag von Michail Chodorkowskij werden in Moskau 10 Personen vorübergehend festgenommen. Ähnliche Zusammenkünfte finden in St. Petersburg und London statt.
27.06.2011	Alexander Potejew, ehemaliger Offizier des Auslandsgeheimdienstes (SWR) wird von einem Moskauer Militärgericht in Abwesenheit zu 25 Jahren Haft verurteilt. Das Gericht sieht es als erwiesen an, dass Potejew im Jahr 2010 mehrere, illegal in den USA lebende Agenten verraten hat. Zudem wurden Potejew Auszeichnungen und Rang entzogen.
27.06.2011	Präsident Medwedew setzt Arbeitsgruppen ein, die bis zum 15. September 2011 Konzepte zur Ausweitung der Zuständigkeiten der regionalen Exekutivorgane und der lokalen Selbstverwaltungsorgane ausarbeiten sollen. Dmitrij Kosak, Stellvertretender Ministerpräsident, wird der Arbeitsgruppe zu rechtlichen Fragen vorsitzen, Alexander Chloponin, Leiter des Föderalbezirks Nordkaukasus, die Arbeitsgruppe zu finanziellen und steuerrechtlichen Fragen leiten.

27.06.2011	Alexej Wolochow, Rektor der Hochschule für Verwaltung, wird neuer Direktor des »Seliger-Lagers«. Das Jugendlager wird von der Föderalen Agentur für Jugendangelegenheiten finanziert und von der kremltreuen Jugendorganisation »Naschi« (Unsere) organisiert. Für das vom 1. Juli bis 2. August stattfindende Ereignis werden 200 Mio. Rubel (€ 5 Mio.) aufgewendet.
27.06.2011	Dmitrij Medwedew trifft mit Michail Prochorow, Vorsitzender der Partei »Rechte Sache«, zusammen und erklärt, dass er viele Ansichten Prochorows zur Dezentralisierung teile und seine Vorschläge für revolutionär hält. Dies ist die zweite Begegnung Medwedews mit dem Vorsitzenden einer Partei, die nicht in der Duma vertreten ist.
28.06.2011	Dmitrij Medwedew unterstützt eine Kandidatur Valentina Matwijenko, Bürgermeisterin von St. Petersburg, für den Vorsitz des Föderationsrats. Er empfiehlt ihr, sich bei den Abgeordneten der gesetzgebenden Versammlung in St. Petersburg zu bewerben.
28.06.2011	Die russische Staatsduma lehnt einen Gesetzesvorschlag der Liberaldemokratischen Partei Russlands ab, dem zufolge die Verwendung von Spezialeinheiten nur der Polizei und Rettungskräften vorbehalten sein sollte. Die Verwendung der sogenannten »Migalkis« (Blaulichter) durch hochrangige Beamte und prominente Privatleute führte nach Aufsehen erregenden Unfällen zu Unmut und öffentlichen Protesten.
28.06.2011	Jurij Ljubimow, 93-jähriger Regisseur und Leiter des von ihm 1964 gegründeten Moskauer Theaters an der Taganka, beantragt beim Moskauer Kulturamt seine Freistellung.
28.06.2011	Das russische Atom-U-Boot »Jurij Dolgorukij« führt nach Angaben des Russischen Verteidigungsministeriums im Weißen Meer erfolgreich einen Test der »Bulawa« durch, einer seegestützten ballistischen Rakete.
28.–29.06.2011	Der Russische Stromkonzern »Inter RAO EES« stellt die Stromlieferungen nach Belarus zu Mitternacht vollständig ein. Belarus hatte bis zum 28. Juni seine Schulden in Höhe von 600 Mio. Rubel (€ 15 Mio.) nicht beglichen.
29.06.2011	Dmitrij Medwedew schlägt der gesetzgebenden Versammlung des Gebiets Twer für das Amt des Gouverneurs Andrej Schwelew vor. Andrej Schwelew führt seit dem Rücktritt von Dmitrij Selenin am 16. Juni die Amtsgeschäfte.
29.06.2011	Präsident Dmitrij Medwedew hält vor beiden Parlamentskammern eine Rede über den Haushalt der Jahre 2012–2014. 12 zentrale Punkte zielen auf eine stärkere Effizienz der Regierungsführung durch Dezentralisierung, eine Modernisierung der Wirtschaft durch eine Verbesserung des Investitionsklimas und Privatisierungen sowie eine Anhebung des Lebensstandards.
30.06.2011	Dmitrij Medwedew macht sich persönlich ein Bild vom Fortgang der Bauarbeiten für das am 1. September 2012 stattfindende Gipfeltreffen der Asiatisch-pazifischen Wirtschaftsgemeinschaft auf der Insel Russkij vor Wladiwostok. Er warnt die für die Baumaßnahmen zuständigen Beamten, man werde sie persönlich für Verzögerungen verantwortlich machen.

Die Russland-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und Satz: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2011 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

SPONSOR

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
oa



■ Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft arbeitet seit 1952 aktiv daran, die Handels- und Investitionsbedingungen für deutsche Unternehmen in über 20 Ländern des östlichen Europas und Zentralasiens zu verbessern.

■ Unsere Konferenzen und Fachseminare informieren Sie über aktuelle Entwicklungen zwischen Zagreb und Wladiwostok.

■ Wir sind die Stimme der deutschen Wirtschaft in bilateralen Gremien und vernetzen Wirtschaft und Politik durch die Organisation exklusiver Wirtschaftsgespräche und Delegationsreisen.

■ Mit unseren Projekten fördern wir die marktwirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa und investieren in die Aus- und Weiterbildung junger Menschen.

Weitere Informationen zu unseren Veranstaltungen, Publikationen und zur Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss finden Sie unter: www.ost-ausschuss.de

Brücke zu den Zukunftsmärkten

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen bieten einmal alle zwei Monate eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de